

DEMO

05/06 2015

VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK



Sachsen
Thüringen
Sachsen-Anhalt
Landes-SGK
Extra
Heftmitte

SPORT IN DEN KOMMUNEN

Stark als Team

Bewegung schafft
Identifikation und stärkt
die Wirtschaft

Sie können alles von uns haben.

Außer durchschnittliche Leistungen.

Personalmanagement? E-Recruiting? Hoheitliche Aufgaben? Können wir alles!

Wen auch immer Sie brauchen: Vivento findet die richtigen Mitarbeiter für Sie. Bundesweit, mit den passenden Qualifikationen, schnell und zuverlässig. Als Marktführer und Spezialist für den öffentlichen Dienst und mit langjähriger Erfahrung im Personalumbau unterstützen wir Sie nachhaltig. Begeisterung, Einsatzfreude und Know-how inklusive.

www.vivento.de



vivento

Weil Erfahrung zählt.



Liebe Leserin, lieber Leser,

ich freue mich sehr, Ihnen die Demo in neuem Gewand präsentieren zu können. Wir wollen Sie unterhaltsam und anschaulich über kommunalpolitische Themen informieren und Anregungen geben.

Anlässlich der Hamburger Olympia-Bewerbung zeigen wir in dieser Ausgabe, was Städte und Gemeinden in Sachen Sport leisten. Denn Sport ist wichtig – nicht nur als Großveranstaltung, sondern auch und gerade im Kleinen. Das, was Kommunen mit Breitensport schaffen, erzeugt keine großen Schlagzeilen wie etwa eine Olympia-Bewerbung. Doch das eine ginge nicht ohne das andere. Es gäbe keine Spitzensportler, wenn beim Sport vor Ort nicht junge Talente gefördert würden. Und Sport trägt maßgeblich zum gesellschaftlichen Ausgleich und zum Miteinander bei.

Wir verschweigen auch nicht die Probleme und Schwierigkeiten bei knappen Kassen. Da leidet der Sport wie viele andere Bereiche. Aber es lohnt sich, auch einen Blick auf das ehrenamtliche Engagement zu werfen: Immer wieder gibt es findige Aktive, die sich einsetzen und so Kommunen dabei unterstützen, ihren Leistungen und Angeboten nachkommen zu können. Hier können wir alle versuchen, Lücken zu schließen, die die Finanzlöcher in den Gemeinden hinterlassen.

Oft scheint uns angesichts unseres eng getakteten Lebens dazu kaum noch Zeit zu bleiben. Aber wenn wir so viel über ein ausgeglichenes Verhältnis von Privatem und Beruf reden, sollten wir auch darüber nachdenken, ob sich nicht auch wieder etwas Zeit für ein Ehrenamt findet. Aktiv werden in der eigenen Gemeinde statt vor dem Fernseher zu dösen!

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.
Mischen Sie sich ein, machen Sie mit.

Karin Nink

Karin Nink, Chefredakteurin

Titel

Sport in der Kommune

- 4 „Grundvoraussetzung ist unser Optimismus“ | Gespräch mit Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz
- 6 Augenblick | Förderverein rettet das Freibad Vossenack
- 8 Baskets punkten für die Stadt Bonn | Sport als Wirtschaftstreiber und Aushängeschild für Kommunen
- 10 Gemeinsam mehr bewegen | In der Region Rhein-Neckar bewährt sich ein Netzwerk für den Sport
- 12 Bangen um die Zukunft | Wie Kommunen das Ehrenamt im Sportverein unterstützen können
- 14 Sportlich und sicher unterwegs | Göttingen und Wuppertal motivieren Bürger zum Umstieg auf das Fahrrad
- 15 Botschafterinnen des Sports | Hamburg startet ein Motivationsprogramm für Migrantinnen und Migranten
- 16 Inklusion mit Hindernissen | Es gibt zu wenig Angebote vor allem für Erwachsene mit Beeinträchtigung



Report

Digitale Kommune

- 20 Chancen nutzen | Die Einführung der Doppik ist zentral für Kommunen
- 21 E-Government: Ein Fall für ganz oben | Warum das Thema bei der Verwaltungsspitze richtig ist
- 22 WWWahlkampf | Der Online-Wahlkampf wird immer wichtiger
- 24 Breitband ist Daseinsvorsorge | Für den Ausbau brauchen wir das Engagement kommunaler Unternehmen
- 26 Vorsprung auf dem Fachkräftemarkt | Die Jobbörse Interamt hilft bei der Gewinnung von Nachwuchs
- 27 In unsere Zukunft investieren! | Infrastruktur und Digitale Agenda in den Kommunen



- 17 SPD-Bundestagsfraktion
- 18 News
- 29 Bücher | Wahlen | Termine
- 30 Das Letzte | Vorschau | Impressum

„Grundvoraussetzung ist unser Optimismus“

Elbphilharmonie, Hafencity – in Hamburg entstehen neue Wahrzeichen. Und jetzt auch noch die Olympiabewerbung. Was erwartet die Stadt davon, das Großereignis an die Elbe zu holen? Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der freien und Hansestadt Hamburg, sieht eine ganze Reihe positiver Effekte

Interview Karin Billanitsch

SPORT IN DEN KOMMUNEN

ZUR PERSON

1958 in Osnabrück geboren, wuchs Olaf Scholz seit Kindertagen in Hamburg auf. Nach seinem Jurastudium ließ er sich 1985 in Hamburg als Rechtsanwalt nieder.

Von 1998 bis 2011 war er mit einer Unterbrechung, während der er Hamburger Innensenator war, Mitglied des Deutschen Bundestages. Daneben amtierte er von 2005 bis 2007 als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD Bundestagsfraktion.

Von 2007 bis 2009 war er Bundesminister für Arbeit und Soziales. Danach folgte eine Station als stellvertretender Vorsitzender der SPD Bundestagsfraktion. Seit März 2011 ist er Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, bei den Bürgerschaftswahlen im Februar wurde er im Amt bestätigt. Scholz ist mit Britta Ernst verheiratet. KB

Herr Scholz, haben Sie im Moment Zeit, Sport zu treiben?

Ja, jeden Dienstagmorgen vor der Sitzung des Senats geht es auf die Alster zum Rudern. Außerdem versuche ich, ein- bis zweimal in der Woche Zeit zum Joggen zu finden. Das muss allerdings

immer in den Terminkalender eingetragen werden, sonst würde es nicht gelingen.

Hamburg bekommt ein neues Gesicht, es entstehen neue Wahrzeichen – Elbphilharmonie, Hafencity

– und jetzt auch noch die Olympiabewerbung. Was erwarten Sie sich davon, das Mega-Ereignis in die Stadt zu holen? Einen wirtschaftlichen Schub?

Wenn eine Stadt sich für eine Sache begeistert, hat das immer eine ganze Reihe positiver Effekte. Im Fall unserer Olympiabewerbung steigern wir zum Beispiel international den Bekanntheitsgrad unserer Stadt. Grundvoraussetzung ist unser Optimismus, sich etwas zuzutrauen und für die Zukunft der Stadt, ihrer Bürgerinnen und Bürger gemeinsam etwas erreichen zu wollen. Das ist nicht nur gut für Hamburg, das ist gut für unser Land insgesamt.

München profitiert bis heute von den olympischen Spielen, etwa durch einen beschleunigten U-Bahnbau, den S-Bahnbau und die Entwicklung der Flächen des heutigen Olympiadorfes. Kritiker zweifeln, ob olympische Spiele heute vergleichbar positive Auswirkungen auf eine Stadt haben können. Wo liegt der Gewinn, der kulturelle Mehrwert für Hamburg?

Alles, was wir uns im Zusammenhang mit Olympia für Hamburg vornehmen, wirkt sich positiv auf die weitere Entwicklung der Stadt aus. Das betrifft den Ausbau der gesamten Infrastruktur oder die Pläne, die wir für den Osten Hamburgs haben und für die Entwicklungsachsen Richtung Süden. Bei allen Neubauten wird die Nachnutzung gleich mitgeplant. So wird in dem Bereich mit den zentralen olympischen Sportstätten und dem Olympischen Dorf später die „Olympic City“ entstehen – ein attraktiver Stadtteil mitten auf einer Elbinsel in geringer Entfernung zur Innenstadt.



Olaf Scholz ist zuversichtlich, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der Abstimmung Ja sagen werden.



Panorama der Elbstadt: Die Stadt bekommt ein neues Gesicht.

Kritiker befürchten, dass die Stadt sich übernimmt, dass Olympia zu teuer wird. Was entgegnen Sie der NOlympia-Bewegung?

Wir werden sehr sorgfältig planen und dann die Kosten so weit wie möglich ermitteln. Hamburg wird für die Olympischen Spiele keine neuen Schulden machen. Wir werden alle Planungen mit einem Höchstmaß an Transparenz in der Öffentlichkeit diskutieren. Hamburg hat ein sehr kompaktes und nachhaltiges Konzept präsentiert, das den deutschen Sport überzeugt hat. Deshalb bin ich sicher, dass wir auch noch manche Überzeugungen werden, die gegenwärtig noch skeptisch sind.

Was sind die nächsten Schritte?

Die Hamburgische Bürgerschaft wird zunächst die Verfassung ändern, damit das Referendum im Herbst stattfinden kann. Außerdem werden Hamburg und der Deutsche Olympische Sportbund eine Bewerbungsgesellschaft gründen, die die weitere Planung übernimmt und die Bewerbungsunterlagen erstellt.

Was erwarten Sie von dem Referendum? Wagen Sie eine Prognose?

In Hamburg erlebt man momentan, wie die Begeisterung für die Olympischen Spiele wächst. Die Zustimmung ist unverändert hoch, so dass ich zuversichtlich bin, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der Abstimmung Ja sagen werden

Was tut Hamburg, um insbesondere den Breitensport zu fördern? Besteht die Gefahr, dass er leiden wird, weil die Stadt ihre Kräfte auf das Großereignis konzentriert?

Der Breitensport profitiert von Großereignissen wie Olympia in besonderem Maße. So werden zum Beispiel viele Sportstätten modernisiert werden, was allen zugutekommt, die in Hamburg Sport treiben. Olympische Spiele werden viele motivieren, selbst aktiv zu werden. Die Voraussetzungen in unserer sportbegeisterten Stadt sind dafür gut: Mit der sogenannten Dekadenstrategie bis 2020, die der Senat zusammen mit dem Hamburger Sport erarbeitet hat, wurde dafür gesorgt, dass die Situation des Sports – in der Breite und in der Spitze – systematisch verbessert wird.

Inwiefern ist der Sport in seiner Breite heute integraler Bestandteil



Hamburg wird für die Olympischen Spiele keine neuen Schulden machen.

Olaf Scholz

der Stadtentwicklung? Gibt es hier neue Tendenzen? Zum Beispiel die Nutzung von öffentlichen Grünanlagen im Herzen der Stadt?

Bei allen großen Vorhaben der Stadtentwicklung werden ausreichend Räume für Erholung und sportliche Betätigung eingeplant. Das Konzept „ParkSport“ ist so ein Beispiel dafür. Es geht dabei um Bewegung im Grünen, um aktive Freizeitgestaltung, die die Grenzen zwischen Park und Sportplatz auflöst. Auf dem ehemaligen Gelände der Internationalen Gartenschau in Hamburg wird das gerade umgesetzt.

Was tut die Stadt für Mitarbeiter in den eigenen Reihen? Gibt es eine interne Sportförderung?

In der hamburgischen Verwaltung gibt es in den meisten Behörden, Bezirksämtern und Landeseinrichtungen eine oder mehrere Betriebssportgruppen. Und es gibt eine ganze Reihe gesundheitsfördernder Maßnahmen im Öffentlichen Dienst. Gerade viele Berufstätige nutzen das vielfältige Sportangebot in unserer Stadt.

Weitere Informationen www.hamburg.de

AUGENBLICK

Förderverein rettet das Freibad

Frische Farbe und eine neue Folie für die Schwimmbecken des Freibads Vossenack in Hürtgenwald bei Aachen: Die Handwerker haben noch viel zu tun, bis das Wasser eingelassen werden kann. Es bleiben nur wenige Tage bis zur Wiedereröffnung des idyllisch gelegenen Bades: Umgeben von alten Ulmen, Tannen und Eichen kann ab Mai dort wieder gebadet werden. Die Rettung des Schwimmbades ist dem Einsatz der Vossenacker Bürger zu verdanken.

Als die Gemeinde im Herbst 2013 beschloss, das sanierungsbedürftige Freibad aus Kostengründen zu schließen, gründeten die Vossenacker einen Förderverein und holten auch Rainer Polzenberg mit ins Boot. Der SPD-Ortsvorsteher überzeugte den Gemeinderat – eine Hochburg der CDU – gemeinsam mit seinen Mitstreitern von dem Projekt. Anfang 2014 startete der Verein und hat bewiesen, dass es geht: Unter dem Strich sanken die Betriebskosten von 166 000 Euro (2013) auf etwa 116 000 Euro. „Wir haben nichts an der Technik geändert, haben die Arbeit einfach nur umverteilt“, sagt Tom Langöhrig, stellvertretender Vereinsvorstand.

Die Sanierung des 40 Jahre alten Bades erledigten die 120 Vereinsmitglieder ehrenamtlich – in etwa 1300 Arbeitsstunden. Sie gießen Pflanzen, mähen den Rasen, säubern das Becken und die Filter und werden dabei vom Bauhof der Gemeinde unterstützt. Das beheizte Freibad mit der 33-Meter-Bahn lockt an heißen Tagen bis zu 900 Besucher.

Der Gemeinderat hatte Anfang März 2015 einstimmig beschlossen: Eine neue Betreibergesellschaft – an der der Förderverein mit 80 Prozent beteiligt ist – darf das Bad in Eigenregie weiterführen. Die Gesellschaft bekommt einen Zuschuss von 50 000 Euro, mit einer Option auf weitere 20 000 Euro. Von dem Zuschuss zahlen wir allein 30 000 Euro für Strom, Gas und Wasser“, weiß Langöhrig. Dazu kommen etwa noch die Gehälter der Schwimmmeister und der Aufsicht. „Die Stunden am Wochenende oder abends bis 21 Uhr übernehmen wir ehrenamtlich“.

MM

FOTO: UTA WAGNER





Telekom Baskets punkten für die Stadt Bonn

Die Telekom Baskets sind als einziger Profisportverein in Bonn für die Stadt nicht nur das sportliche Aushängeschild, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und ökonomischer Treiber. Nicht immer zieht eine Stadt aus der Förderung des Profisports so viel Profit – ein Blick nach Aachen

Autorin Maïke Mackerodt

Die Telekom Baskets und der Traditionsverein Alemannia Aachen sind sportliche und wirtschaftliche „Leuchttürme“ ihrer Städte. Wenn auch mit einem kleinen, aber feinen Unterschied: Die Basketballer erwirtschaften ihr Geld in der Bundesliga selbstständig, die Stadt hat keine laufenden Kosten. Im Gegenteil. Sie partizipiert von ihrem Profiverein. Die Stadt Aachen dagegen musste ihrer insolventen Alemannia zuletzt das Tivoli-Stadion abkaufen, und die Folge sind millionenschwere zusätzliche Etatbelastungen. Die positiven Effekte sind für beide nordrhein-westfälischen Kommunen ähnlich: Sie haben zwei symbolträchtige Vereine als Aushängeschild – nur der finanzielle Einsatz könnte unterschiedlicher nicht sein.

Die Baskets feiern dieses Jahr ihr 20-jähriges Vereinsjubiläum: Sie sind seit langem das sportliche Aushängeschild der Stadt Bonn und eine der Top-Adressen im deutschen Profibasketball, mit vereinseigener Halle und erfolgreichem Nachwuchszentrum. Zum Jubiläum hat der Bundesligist Anfang Mai alle Fans sogar zur Geburtstagsparty an den Bonner Hardtberg eingeladen. Der einzige Profisportverein ist in Bonn und in der Region nicht nur beliebter Publikumsmagnet, sondern auch wichtiger Wirtschaftsfaktor und ökonomischer Treiber. Das belegt eine Studie mit dem verschmitzten Titel „Bonn: Die Stadt, in der das Runde nicht ins Eckige muss“.

Stolz auf ihre Spitzenmannschaft

Die Autoren um Professor Sascha L. Schmidt von der WHU – Otto Beisheim School of Management kommen zu einem überraschenden Fazit: Viele der mehr als 1 000 befragten Bonner und Baskets-Fans sind zwar „unzufrieden mit der Qualität ihrer eigenen Sportstätten und dem Wohnangebot in Bonn“, gleichzeitig ist ihnen aber „eine Spitzenmannschaft wie die Baskets wichtig, um auf Bonn stolz sein zu kön-

nen – wichtiger als Tradition, Kultur und Lebensqualität“. In Auftrag gegeben hat die Untersuchung der Geschäftsführer der Beko Basketball Bundesliga (BBL) Jan Pommer. Er wollte wissen, wie es um den „Leuchtturmcharakter“ aufgrund des positiven Image und des lokalen Engagements der Baskets steht – und stellt erfreut fest: „Unser Club stellt für die Kommune einen erheblichen Mehrwert dar, sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich.“ Auch Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch (SPD) schätzt den Wert der Baskets hoch: „Die Baskets stehen seit 20 Jahren für Basketball-Spitzensport in Bonn und gehören zu den absoluten Aushängeschildern unserer Sportstadt.“ Die SPD-Fraktion ist die zweitstärkste Kraft im Rat, wo Schwarz-Grün die Mehrheit hat.

Der Mehrwert in Zahlen: 385 000 Euro bringen die Baskets der Stadt Bonn und den umliegenden Gemeinden jedes Jahr an steuerlicher Wertschöpfung. Demgegenüber fallen 60 000 Euro pro Saison für Sicherheitspersonal, Ordner oder den Betrieb von Parkplätzen an. Im Gegensatz zu anderen Städten wird in Bonn kein städtisches Personal eingesetzt, da der Verein die Kosten bei Heimspielen selbst trägt. Das ist genauso ungewöhnlich, wie die

MEHRFACHER NUTZEN

480

Tausend Euro investieren die Baskets in die Breiten- und Nachwuchsförderung

30

Euro geben Sportfans in der Stadt pro Heimspiel aus

QUELLE: WHU – OTTO BEISHEIM SCHOOL OF MANAGEMENT

Tatsache, dass die Bonner Basketballer (Bon-Bas GmbH) 480 000 Euro für die Breiten- und Nachwuchsförderung ausgeben und somit jedes Jahr 960 Euro in jedes Mitglied investieren. Auch davon profitieren also Bonn und die Region.

Kauf für einen symbolischen Preis

Die Stadt Aachen dagegen hat Anfang des Jahres das neu gebaute Tivoli-Stadion von der insolventen Alemannia Aachen gekauft, für den symbolischen Preis von einem Euro. Ganz sicher kein Schnäppchen. Die Stadt muss nun den Unterhalt für das Tivoli aufbringen.

Fangruppen der Schwarz-Gelben waren vor wenigen Jahren eigens an der Planung des 46 Millionen Euro teuren Stadions beteiligt worden. Sie durften über die Bieterentwürfe öffentlich abstimmen und setzten sich dafür ein, dass die steilen Tribünen so nah wie irgend möglich am Spielfeld sind. Nach der Insolvenz des größten Sportvereins der Stadt vor drei Jahren war zunächst guter Rat teuer. Es gab keinen neuen Investor.

„Wir hatten alle Bauschmerzen, die Entscheidung ist keinem leicht gefallen“, erinnert sich Lothar Barth, „aber wir wollten ein so modernes Stadion nicht komplett schließen oder verfallen lassen“. Der Beigeordnete für Personal, Organisation und Umwelt der Stadt Aachen ist mittlerweile auch Geschäftsführer des Tivoli. Aachen hatte für den Stadionbau mit 24 Millionen Euro gebürgt und muss nun für Betriebskosten, Zins und Tilgung jährlich mindestens zwei Millionen Euro aufbringen. „Nach Rücksprache mit der Bezirksregierung haben wir entschieden, dass das Tivoli-Stadion künftig nicht nur vom Profifußball genutzt wird, sondern wir beleben das Stadion zusätzlich mit anderen Vereinen.“

Mittlerweile profitieren mehrere neue Mieter, unter ihnen nicht nur Sportvereine, von der hochmodernen Arena: Der Eurogress bietet als städtischer Kultur- und Konzertveranstalter an der Haupttribüne eine 4000 Quadratmeter



Aachen hat das neue Tivoli-Stadion für einen symbolischen Euro gekauft.



Benas Veikalas von den Bonner Telekom Baskets in Aktion. Die Bonner sind stolz auf die Spitzenmannschaft. Die Basketballer gehören zu den Aushängeschildern der Stadt.

große Fläche für Hochzeiten, Seminare oder Kongresse an. Eine Großküche beliefert vom Tivoli aus Betriebskantinen und versorgt die Fans bei Heimspielen. Ein weiterer wichtiger Großmieter ist die Spielbank NRW, die vom Neuen Kurhaus in Aachen mit ihren Glücksspielautomaten, Roulette und Baccaratstischen in die Sportarena umzieht. „Tivoli wird Pokerhochburg“, schrieben die Medien. Das Casino soll im Juni eröffnet werden.

Alemannia mietet das Tivoli

Auch die inzwischen in die Regionalliga abgerutschte Alemannia ist Mieterin im Tivoli geworden. Sie zahlt derzeit Medienberichten zufolge eine Miete im unteren sechsstelligen Bereich, obwohl das Stadion knapp zwei Millionen Euro im Jahr verschlingt. Die Fans halten ihrer Alemannia unverbrüchlich die Treue, trotz der hohen Kosten, die sie letztendlich als Steuerzahler mittragen müssen. Mit 30 313 Zuschauern wurde zuletzt sogar der Zuschauerrekord aller Regionalligen gebrochen. Immerhin: Auch von dem Bier, das die Fans trinken, profitiert die Kommune, ebenso von dem Geld, das die Fans vor oder nach dem Spiel in der City lassen. Die Fußballfans geben in der Stadt und Region vermutlich genauso viel Geld aus wie Basketballfans: 30 Euro pro Heimspiel. Diese Summe nannte die WHU-Studie über die Baskets für den lokalen Konsum der Besucher.



BEISPIEL ERFURT

Steiniger Weg bis zur Entscheidung

Im Oktober 2014 fand das letzte Spiel im alten Erfurter Steigerwaldstadion statt. Drei Monate später begannen die Arbeiten am neuen Bau, der als Multifunktionsarena ein neues Kapitel in der Erfurter Sportgeschichte aufschlagen und zugleich einen Strich unter jahrelange Querelen ziehen soll. Der Erfurter Oberbürgermeister Andreas Bausewein (SPD) erinnerte zur Grundsteinlegung für das neue Areal an den „streckenweise sehr

steinigen Weg“, der von der Übergabe des Fördermittelbescheides im Mai 2011 bis zur endgültigen Bauentscheidung im Stadtrat zurückzulegen war.

Es entsteht ein multifunktionales Ensemble mit der achteckigen Grundform, wie man sie vom Nürnberger Grundig Stadion kennt. Die Farben Rot und Weiß sind sowohl die Klubfarben des hier spielenden Drittligaklubs als auch die des Landes Thüringen und des Deutschen Leichtathletik-Verbandes, der hier künftig einige Höhepunkte plant. Auch Tagungsräume wird es geben. Der Bau wird indes deutlich teurer als geplant. Statt mit zunächst 27 Millionen schlägt das runderneuerte Steigerwaldstadion nun mit knapp 40 Millionen Euro zu Buche. Gut 33 Millionen schießt Thüringen zu, während die 200 000 Einwohner zählende Landeskapitale für die restlichen 5,8 Millionen Euro aufkommt. Gegner fürchten, dass die neue, fertige Arena wegen der zu erwartenden Betriebskosten als Zuschussgeschäft starten wird. HL

Für die Studie hatten die Baskets außerdem zum ersten Mal ihren Jahresetat für Spieler offengelegt, ansonsten ein gut gehütetes Geheimnis: 2,5 Millionen Euro. Etwa 3,5 Prozent davon stecken die Basketballer in soziales Engagement, dazu gehören die sehr beliebten Baskets-Camps oder die gemeinnützige Kinder + Sport Basketball Academy. „Die Kommune profitiert immens“, weiß der Chef des Stadtsporthundes Michael Scharf. „Die Baskets tragen den Namen europaweit weiter, und zwar für gefühlte null Euro. Denn im Gegensatz zur Bonner Oper werden sie nicht alimentiert. Beide haben in etwa 160 000 Zuschauer im Jahr, aber die Oper kostet 30 Millionen Euro Zuschuss aus Steuereinnahmen.“

Zahlen lügen bekanntlich nicht: Die Baskets bringen 385 000 Euro steuerliche Wertschöpfung und geben 480 000 Euro für die Nachwuchsförderung aus. Gemeinsam mit ihrem sozialen Engagement von 87 500 Euro pro Jahr wären das knapp eine Million Euro an Einnahmen für die Stadt Bonn. Die Stadt schätzt das Engagement der Vereine und Aktiven: „Wir bekommen dieses Jahr erstmals 1,3 Millionen Euro Sportförderung für alle 280 Bonner Sportvereine“, weiß Michael Scharf. Das bedeutet: „Die Baskets sind ein Glücksfall für uns, sie erwirtschaften fast die Bonner Sportförderung.“

Unter <http://www.bonner-unternehmertage.de> gibt es die WHU-Studie zum Download.

Gemeinsam mehr bewegen

In der Rhein-Neckar-Region bewährt sich ein Netzwerk für den Sport seit gut zehn Jahren

Autorin Karin Billanitsch



Eine Showvorführung in Ludwigshafen beim Internationalen Deutschen Turnfest in der Metropolregion Rhein-Neckar.

Die Mannheimer schauen nicht nur einfach zu, wenn es um Sport geht: Drei Viertel der Bewohner der Stadt am Neckar trainieren mindestens einmal in der Woche – zum Beispiel in einem der mehr als 250 Vereine. Auch die Kommune will ihre Bürger fit und gesund halten: Im Herzen der Stadt im unteren Luisenpark, gibt es seit Ende April Aerobicstunden, Bodyfit-Kurse oder Pilates – wer nach Feierabend unter freiem Himmel mitmachen will, zahlt nichts und geht keine vertraglichen Bindungen ein. Alle wichtigen Fakten über das neue kostenlose Sportangebot stehen nicht nur auf der Internet-Seite der Stadt Mannheim, sondern sind auch auf der Webseite des Vereins „Sportregion Rhein-Neckar“ zu finden.

Breites Netzwerk

Hier gibt es gebündelte Informationen zur Sportlandschaft der Region im Dreiländereck Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen: zum Beispiel über die Eishockey-Profis von Adler Mannheim, die gerade den siebten Meistertitel geholt haben, über die Fortschritte

der Olympiateilnehmer der Region oder über das traditionelle Reitsport-Treffen auf dem Mannheimer Maimarkt.

Bereits seit zehn Jahren vermarktet sich die Region rund um Mannheim, Heidelberg und Ludwigshafen unter dem Begriff „Metropolregion Rhein-Neckar“ gemeinsam. Um den Schwerpunkt Sport und Bewegung kümmert sich der Verein. Mehr als 30 Gemeinden, rund 100 Sportbünde und 40 Unternehmen sowie auch einige Hochschulen gehören zu den Mitgliedern.

„Wir versuchen, die Kräfte in der Region zu bündeln, wir sind Netzwerkpartner und wollen auch Motor für neue Ideen sein“, beschreibt Geschäftsführer Henning Westerberg die Ziele. „Vielen ist durch unsere Arbeit bewusst geworden, wie viele Sportangebote und -veranstaltungen es in der Region überhaupt gibt,“ bekräftigt er. Dieser Einschätzung stimmt man auch in der Stadt Mannheim zu. „Der Verein ist seit zehn Jahren in der Regionalpolitik wesentlich verankert und hat im Laufe der Zeit ein breites Netzwerk entfaltet“, sagt der Mannheimer Bürgermeister Lothar Quast (SPD).

Die Sportregion hat für 2015 einen Etat von rund 200 000 Euro jährlich und finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen (acht bis zwölf Prozent), der Löwenanteil stammt indes aus Zuwendungen von Unternehmen wie dem Chemieriesen BASF, Südzucker oder dem Softwarekonzern SAP oder Spenden. Für Lothar Quast ist einer der großen Vorteile des Vereins, dass er eine anerkannte Größe „als Ansprechpartner für Wirtschaftsunternehmen“ ist. Die Firmen könnten natürlich ihre Sportförder-Aktivitäten auch jeder für sich entfalten, sagt Quast, „aber so ist eine Bündelung von Kräften natürlich viel wirksamer“.

Als ein herausragendes Projekt der Sportregion hebt Lothar Quast das Internationale Deutsche Turnfest 2013 hervor. Das Großereignis in Zahlen: 70 000 Teilnehmer strömten in die Metropolregion, nach Schätzungen besuchten bis zu 100 000 Zuschauer die Hallenveranstaltungen. Hört man sich unter den Veranstaltern der Region um, sind sich in einem alle einig: Eine Stadt alleine hätte nach aller Wahrscheinlichkeit den Zuschlag nicht bekommen.

„Aus eigener Kraft stemmen“

„Die Philosophie hinter dem Sportfest war folgende: Wir wollen es aus der Kraft der Region stemmen“, sagt Quast. Weil viele Menschen über mehrere Tage in der Stadt logierten, zum Teil auch in Hotels oder Pensionen, habe es der Region natürlich auch eine ganze Menge an Wirtschaftskraft gebracht. Quast: „Die Stadt Mannheim zum Beispiel hat wesentliche finanzielle Beiträge geleistet, aber aus der Region auch viele Beiträge bekommen.“

Auch für Manfred Scheidel, den Vorsitzenden des Sportkreises Mannheim, ist die „Gelegenheit zum Austausch mit verschiedenen Sportakteuren“ wichtig. Er sitzt seit zehn Jahren mit Fachleuten aus Sportämtern und Landessportbünden, aus Firmen und Hochschulen im Expertenrat des Vereins. Er stellt aber auch klar: Bei vielen Ideen, die wir als Akteure entwickeln und umsetzen, ist der Verein Informationsplattform und Multiplikator. Zum Beispiel bei der Mannheimer Idee „Sport im Park“.

Aktuell wird ein Konzept erarbeitet, bei dem zugkräftige Schwerpunktthemen eine Rolle spielen sollen, erzählt Lothar Quast. 2016 wird etwa das Thema Laufen im Mittelpunkt stehen, 2017 steht dann ganz im Zeichen des Fahrrads.

MOTOR FÜR DEN SPORT

2700

Sportvereine mit rund 850 000 Mitgliedern gibt es im Gebiet der Sportregion Rhein-Neckar e.V.

QUELLE: METROPOLREGION RHEIN-NECKAR

Weitere Informationen unter

www.sportregion-rhein-neckar.com

Kommunale Haushalts- konsolidierung

Stadtwerke- kooperationen

Droht Ihrer Stadt oder Gemeinde die Überschuldung? Wir beraten in allen Bereichen der kommunalen Haushaltskonsolidierung. Nutzt Ihre Kommune die Vorteile des steuerlichen Querverbands? WIBERA organisiert die Gründung und Kooperationen von Stadtwerken. Seit über 80 Jahren sind wir Partner der Öffentlichen Hand. Sie finden unsere Expertenteams dort, wo Sie sie brauchen: an bundesweit 29 Standorten.

Was kann ich für Sie tun?

Dr. Sven-Joachim Otto, Tel.: +49 211 981-2739, sven-joachim.otto@de.pwc.com



Bangen um die Zukunft

Sportvereine finden immer weniger Freiwillige für Ämter – wie Kommunen das Ehrenamt fördern können

Autoren Karin Billanitsch und Carsten Wittmaack



Krempe, Holsteins kleinste Stadt, hat sich zu einer Cheerleader-Hochburg entwickelt: Die „Panthers“ feiern sogar international Erfolge.

Chefcoach Tabea Gefken steht häufig mehrmals in der Woche in der Turnhalle und trainiert die Kremper „Panthers“. Holsteins kleinste Stadt mit ihren nicht einmal 2500 Einwohnern ist seit langem für ihre Fahnen-schwenker bekannt – und seit kurzem auch als Cheerleader-Hochburg.

Die Kremper „Panthers“ wurden erst im Jahr 2004 gegründet. Die 28-jährige Ergotherapeutin hatte „einfach Lust, etwas Neues auszuprobieren“ und rief die Cheerleader-Sparte des TuS Krempe ins Leben. Tabea Gefken ist ehrenamtlich und mit Feuereifer für „ihre“ Sportler aktiv. Ehrenamtliches Engagement hat bei den Gefkens übrigens Tradition. Mutter Dr. Maria Meiners-Gefken sitzt in der Ratsversammlung, Vater Dr. Ekkehard Gefken gehörte dem Stadtparlament 15 Jahre an. Beide sind SPD-Mitglieder und so etwas wie Kremper Urgesteine, wenn es um sozialdemokratische Kommunalpolitik geht.

Erfolgreichste Sparte

Ein gutes Jahrzehnt reichte für die „Panthers“ aus, um sich national wie

international in der Szene einen Namen zu machen. Die aus anfangs gerade einmal fünf Mädchen bestehende Gruppe hat sich zur mit Abstand erfolgreichsten Sparte innerhalb des TuS Krempe gemauert und umfasst heute mehr als 120 Aktive im Alter von fünf bis 55 Jahren.

Die Jahre 2013 und 2014 waren die bislang erfolgreichsten. Vor zwei Jahren durften die „Panthers“ im italienischen Rimini während der dortigen Europameisterschaft vor knapp 15 000 Zuschauern ihr Können zeigen. Höhepunkt war der Sieg auf der IOCC (International Open Cheerleading Competition) im Rahmen der EM. Die „Panthers“ konnten sich als neuer „International Champion“ im Bereich Junior Cheerleading feiern lassen. Im Frühjahr 2014 war man dann als Ausrichter der schleswig-holsteinischen Landesmeisterschaften gefordert. Die halbe Stadt wurde eingebunden. Rund 2000 Aktive und Zuschauer waren zu Gast, und die „Panthers“ heimsten gleich fünf Landesmeistertitel ein.

Doch es gibt immer weniger Menschen, die bereit sind, in ihrer Freizeit regelmäßige Aufgaben in einem Verein

„



Wir stellen fest, dass die Menschen an Zeitmangel durch Arbeitsverdichtung leiden.

Manfred Schaub (SPD), Oberbürgermeister von Baunatal

zu übernehmen. Sorgen um den ehrenamtlichen Nachwuchs plagten die Vereine allenthalben, sei es im sozialen, kulturellen oder eben auch sportlichen Bereich. Dabei schneidet der Sport noch ganz gut ab: Nach wie vor ist Sport in Deutschland der größte Ehrenamtsbereich.

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) beziffert die Zahl der ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in offiziellen Ämtern und Funktionen auf etwa 1,7 Millionen. Ehrenamtliche Trainer und Übungsleiter, Vorstände, Geschäftsführer und Kassenwarte leisten nach Schätzungen des DOSB jedes Jahr eine Wertschöpfung von geschätzt 6,7 Milliarden Euro. Hinzu kommen Millionen Engagierte, die gelegentlich unentgeltlich bei Veranstaltungen helfen oder andere Aufgaben in den über 90 000 Sportvereinen in Deutschland übernehmen. Ohne diese Ehrenamtler können die Vereine nicht funktionieren – doch seit Jahren schon schrumpft die Zahl der Interessierten. Eine Entwicklung, die auch in den Kommunen besorgt verfolgt wird.

Veränderte Lebensstile gelten als eine Ursache für diese Entwicklung. „Wir stellen fest, dass die Menschen an Zeitmangel durch Arbeitsverdichtung leiden, aber auch, dass immer weniger Leute Verantwortung übernehmen wollen, zum Beispiel an der Spitze eines Vereins“, sagt Manfred Schaub, Bürgermeister im nordhessischen Baunatal und sportpolitischer Sprecher der SPD. „Menschen für den Kuchenverkauf finden wir noch, aber bei qualifizierten Kassenwarten und Schatzmeistern wird es schwierig.“ Die demografische Entwicklung tut ihr Übriges: Mehr als die Hälfte der Menschen in Ämtern sind bereits über 50 Jahre alt.

Weil lebendige und funktionierende Sportvereine für das gesellschaftliche und soziale Zusammenleben unverzichtbar sind, versuchen viele Kommunen, Ehrenamtliche zu fördern – mit unterschiedlichen Konzepten, die oft nicht viel extra kosten dürfen.

Servicestelle für Vereine

Ein erfolgreiches Konzept, finanzneutral zudem, hat die Stadt Baunatal im Landkreis Kassel, entwickelt: Die Kommune hat eine „Vereins-servicestelle“ entwickelt, erläutert Manfred Schaub. „Mitarbeiter von Vereinen haben einen eigenen Ansprechpartner, der sich um ihre Belange kümmert.“ Dieser Mitarbeiter übernehme eine „Lotsenfunktion“, vermittele etwa die richtigen Ansprechpartner in der Gemeinde für Fachfragen

in kurzer Zeit. Die oft mühevoll Suche nach einem zuständigen Referenten für ein bestimmtes Problem entfällt. „Das bringt eine große Zeitersparnis, gerade für ehrenamtliche Funktionsträger und wird sehr gut angenommen“, erklärt Schaub. Außerdem verweist ein Link auf der Internet-Seite der Stadt Baunatal auf diese Servicestelle. Im Netz können Vereine Informationen und Formulare herunterladen.

Attraktiver wäre, davon ist Schaub überzeugt, ein Ehrenamt vor allem für junge Frauen und Männer, wenn Ehrenamtspraktika im Studium besser angerechnet werden könnten. Für Hochschulthemen sind indes die Bundesländer zuständig.

Für die 2016 anstehenden Kommunalwahlen in Hessen hat die SPD sportpolitische Leitlinien erarbeitet. Ein wichtiges Stichwort dabei ist weniger Bürokratie: Die Kommunen müssten für die Sportförderung „Rücksicht auf die begrenzten Ressourcen des Ehrenamts legen“, heißt es. Daneben zählt das Papier vielfältige Möglichkeiten für eine Kommune auf, Hilfen anzubieten. Ein „Sorgentelefon“

WERTVOLLE HILFE

1,7

Millionen Menschen sind in offiziellen Ämtern und Funktionen in über 90 000 Sportvereinen in Deutschland ehrenamtlich tätig.

6,7

Milliarden Euro an Wertschöpfung leisten diese Ehrenamtler in offiziellen Positionen nach Schätzungen jedes Jahr.

QUELLE: DEUTSCHER OLYMPISCHER SPORTBUND (DOSB)



Mit großem Einsatz hat Tabea Gefken die Cheerleader-Sparte des TuS Krempe ehrenamtlich aufgebaut.

einrichten, Seminare, Foren oder Projekttag zu Fachthemen für Vereinsmitarbeiter anbieten, Netzwerke vor Ort gründen, eine „Ehrenamtskarte“ einführen – diese Maßnahmen können

wirkungsvoll sein. Schaub: „Wichtig ist es, sich als Kümmerer für den Sport zu verstehen.“

Auch in Krempe versucht die Kommunalpolitik, das Ehrenamt zu fördern. Weil in der Kleinstadt vor der jüngsten Kommunalwahl 2013 weder die CDU noch die SPD genügend Kandidaten für eigene Listen fanden, sind die Vertreter der beiden Volksparteien seither in der Ratsversammlung durch die Bürgergemeinschaft Krempe (BGK) vertreten. Auch dies ist ein Ausdruck für die schwierige Situation, der sich das Ehrenamt aktuell stellen muss.

Um zu zeigen, dass ihr Einsatz anerkannt wird, zeichnen Krempes Politiker seit einigen Jahren im Rahmen des Neujahrsempfanges verdienstvolle Bürger aus, die sich durch ihr ehrenamtliches Engagement oder ihre Leistungen um die Stadt verdient gemacht haben. 2014 ehrte man unter anderem die Cheerleaderin Tabea Gefken.

Weitere Informationen

www.baunatal.de/de/Sport-und-Freizeit/Sport-und-Freizeit/Servicestelle.php

FOTO: CARSTEN WITTMACK

Anzeige

REMONDIS®

IM AUFTRAG DER ZUKUNFT

Reines Wasser kommt aus tiefen Quellen. Oder von REMONDIS

REMONDIS Aqua ist einer der führenden deutschen Anbieter für kommunales und industrielles Wassermanagement. Wir sind seit 25 Jahren weltweit aktiv – unter anderem in Polen, der Türkei, Spanien oder Indien. Mehr als 10 Millionen Menschen sowie zahlreiche Industrieunternehmen vertrauen auf unsere nachhaltigen Lösungen für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.

REMONDIS Aqua GmbH & Co. KG // Brunnenstr. 138 // 44536 Lünen Deutschland // T +49 2306 106-692 // F +49 2306 106-699 info@remondis-aqua.de // remondis-aqua.de



Sportlich und sicher unterwegs

Wie kann eine Kommune ihre Bürger zum Umstieg auf das Fahrrad motivieren? Göttingen und Wuppertal machen es vor

Autor Carl-Friedrich Höck

Fahrradfahren ist gesund, schont die Umwelt und verursacht keinen Lärm. Gründe gibt es also genug, das Radeln in Städten und Gemeinden attraktiver zu machen. Aber wie?

Antworten gibt der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC). Dessen Vorsitzender Ulrich Syberg betont: Für die Entscheidung, ob jemand vom Auto aufs Fahrrad umsteigt, sei die gefühlte Sicherheit der wichtigste Faktor. Der ADFC ermittelt in regelmäßigen Abständen mit einer Fahrradklima-Studie, in welchen Städten und Gemeinden sich Radfahrer besonders wohl fühlen. Für die jüngste, im Herbst 2014 durchgeführte Studie wurden 100 000 Bundesbürger befragt. Das Ergebnis: Die Unterschiede zwischen Spitzenreitern wie Münster und Schlusslichtern wie Wiesbaden sind enorm. Genervt sind Radfahrer laut ADFC vor allem von geduldetem Parken auf Radwegen, ungeeigneten Ampelschaltungen, fehlendem Winterdienst für Radwege und Unterbrechungen durch Baustellen. Erhöhen lasse sich die Sicherheit der Radler dagegen mit mehr Tempo-30-Zonen und klar erkennbaren Radwegen.

Die Maßnahmen sind vielfältig

Eine Stadt, die es in der Studie auf die vorderen Ränge geschafft hat, ist Göttingen. 27 Prozent der Strecken legen die Göttinger mit dem Fahrrad zurück – bundesweit sind es nur zehn Prozent. Das liegt nicht nur an dem hohen Studentenanteil. Die Stadt fördert den Radverkehr gezielt. „Würden alle Bewohner mit dem Auto in die Stadt fahren, würde unser Verkehrsnetz kollabieren“, sagt Christian Henze (SPD), der Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses.

In den vergangenen Jahren hat die Stadt eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Im öffentlichen Nahverkehr kann man sein Fahrrad kostenlos mitnehmen. Fahrradstraßen verbinden die bevölkerungsreichen Stadtteile im Süden und Norden mit dem Zentrum. In der Stadt wurden doppelte Zebrastreifen eingeführt: Der Fahrradstreifen verläuft durch deren Mitte, „sodass der Radfahrer von den Autos nicht überse-

hen wird“, wie Henze erklärt. Die Stadtverwaltung kooperiert mit der Polizei und investiert jährlich 150 000 Euro, um Unfallschwerpunkte zu entschärfen. Am Bahnhof und in der Innenstadt wurden in den vergangenen Jahren hunderte neue Fahrradstellplätze errichtet – im Rahmen von Bebauungsplänen und Sanierungsmaßnahmen wird dieser Aspekt immer mitgedacht.

Besonders stolz ist Henze auf den bis zu vier Meter breiten E-Rad-Schnellweg, an dem die Stadt seit zwei Jahren baut. Er verbindet, Nordcampus, Hauptcampus und Bahnhof und führt weiter in den Süden der Stadt. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet, um zu erforschen, wie Radstrecken optimal an die wesentlich schnelleren Elektro-Bikes angepasst werden können. „E-Bikes sind die Zukunft der urbanen Mobilität“, ist Henze überzeugt.

E-Bikes sind auch einer der Gründe, weshalb der Fahrradverkehr sogar in Städten wie Wuppertal immer wichtiger wird – denn mit ihnen kann man selbst steile Anstiege leicht überwinden. Wuppertal hat „kein naturgegebenes Fahrradklima“, gibt Rainer Widmann,

der „Beauftragte der Stadt für nichtmotorisierten Verkehr“ zu. Die Stadt liegt in einem Tal und ist extrem hügelig. Enge Straßen lassen für Radfahrer wenig Platz. „Und es regnet viel“, ergänzt Widmann.

Wuppertal holt auf

Entsprechend weit hinten landete Wuppertal im Ranking der Fahrradklima-Studie: Nur Platz 32 von 39 untersuchten Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern. Gleichzeitig wurde Wuppertal aber als beste Aufholerstadt ausgezeichnet. Denn mit der Nordbahntrasse hat sie einen großen Sprung nach vorn geschafft.

Die Trasse wurde im vergangenen Dezember freigegeben und führt über rund 23 Kilometer quer durch die Stadt. Mit einer Breite von sechs Metern bietet sie genügend Platz für Fußgänger und Radfahrer. Sie ist auf der Fläche einer stillgelegten Eisenbahnstrecke entstanden. Der Vorteil: Dank 23 Brücken und sieben Tunnels verläuft die Strecke komplett eben. Der Großteil der Umbaukosten – rund 32 Millionen Euro – konnte mit Fördergeldern von Bund, Land und EU sowie Spenden finanziert werden.

Auch im Umfeld der Trasse wird die Stadt schrittweise fahrradfreundlicher, etwa dank neuer Fahrradschutzstreifen, erklärt Widmann. Davon profitiert auch der Tourismus. „Viele Menschen aus dem Ruhrgebiet haben davon gehört und kommen jetzt mit dem Fahrrad zum ersten Mal nach Wuppertal“, sagt der Fahrrad-Beauftragte. Die Strecke quer durch die Stadt eröffne neue Perspektiven. Oder anders gesagt: „Man erfährt die Stadt ganz anders.“

„

Würden alle Göttinger mit dem Auto in die Stadt fahren, würde unser Verkehrsnetz kollabieren.

Christian Henze,
Vorsitzender des Bau- und
Planungsausschusses



Nur wer sich damit im Straßenverkehr sicher fühlt, schwingt sich öfter mal aufs Fahrrad.



Sport tut gut: Maria Ali (l.) und Meike Woller vom Hamburger Sportbund wollen Migrantinnen für Sport interessieren.

Botschafterinnen des Sports

Die meisten Migranten und Migrantinnen kennen die tollen Angebote der Sportvereine nicht. Hamburg will das ändern

Autorin Susanne Dohrn

Gesucht: Sportinteressierte Frauen mit Migrationshintergrund. Alter: unwichtig. Vorbildung: egal. Mit dieser ungewöhnlichen Aufgabenbeschreibung ging der Hamburger Sportbund vergangenes Jahr an die Öffentlichkeit. Gesucht wurden „Botschafterinnen des Sports“. Ihr Job: Migrantinnen und Migranten für Sport zu interessieren und in die Sportvereine zu locken. Die Botschafterinnen sind Teil des Pilotprojekts „Beweg deinen Stadtteil“ des Hamburger Sportbunds und der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung. Gefördert wird es vom Europäischen Sozialfonds, der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Programm „Integration durch Sport“ der Bundesregierung.

Frauen knüpfen leichter Kontakt

„Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund sind noch mehr als die Männer in Sportvereinen extrem unterrepräsentiert“, erklärt Meike Woller, die Projektleiterin beim Hamburger Sportbund (HSB). Außerdem sei es für Frauen leichter, mit anderen Frauen und deren Familien in Kontakt zu treten. 40 Frauen wollten mitmachen, 18 wurden ausgewählt und haben die Ausbildung erfolgreich beendet. An fünf Wochenenden haben sie gelernt, was ein Verein ist, und wie er funktioniert, sie haben gemeinsam Sport getrieben – zum Beispiel

Rückengymnastik oder Walken. Sie wissen, warum Sport gut für die Gesundheit ist und wurden geschult, worauf bei der Ansprache von Menschen aus verschiedenen Kulturen zu achten ist. Solcherart gerüstet sind sie seit Anfang 2015 rund 18 Stunden im Monat ehrenamtlich in ihren Stadtteilen unterwegs. „Wichtig war uns nicht die Vorbildung, sondern die Motivation“, erläutert Meike Woller.

Die Frauen oder ihre Vorfahren kommen aus zwölf Ländern: von Polen bis Afghanistan, von Ecuador bis zum Iran, von Pakistan bis Georgien und sprechen entsprechend viele Sprachen. Sie sind zwischen 20 und 50 Jahre alt und sehr unterschiedlich qualifiziert: Arbeitssuchend oder Hausfrau mit mehreren Kindern, Studentin oder Architektin. Eine Vielfalt die gewollt war, schließlich ist auch die Migranten-Community in Hamburg mit mehr als 40 unterschiedlichen Nationen bunt zusammengesetzt.

Maria Ali (31), dunkle Haare, braune Augen, ist eine der Botschafterinnen. „Wenn die Leute mich sehen, wissen sie sofort, das ist eine von uns“, erzählt sie. Sie spricht sechs Sprachen: Dari und Paschtu, weil ihre Eltern aus Afghanistan geflohen sind, dazu Türkisch, Spanisch, Englisch, Französisch und perfekt Deutsch. „Den Hamburger Schnack kann ich auch“, sagt sie und lacht. Derzeit studiert sie Tourismus und Eventmanagement und arbeitet

im Sportverein Wandsetal als Übungsleiterin. Dort erfuhr sie von dem Programm und sagte sofort Ja.

„Wir sind das Bindeglied zwischen den Vereinen und dem Stadtteil“, beschreibt Maria Ali ihre Arbeit. Sie besucht Schulen, das Haus der Jugend, die Moschee oder die türkische Salatbar im Supermarkt, informiert dort über die Angebote der Vereine und fragt nach Wünschen und Bedürfnissen der Bewohner. Es geht ihr darum, zu zeigen: „Hey, Sport tut dir gut.“ Außerdem berät sie, wie die anderen Botschafterinnen auch, die Sportvereine: Welche Angebote wünschen sich Menschen mit Migrationshintergrund? Kommen mehr Frauen zum Yoga, wenn eine Gardine vor der Fensterfront verhindert, dass jeder hineinsehen kann? Sind Zehnerkarten, Schnupperstunden oder offene Gruppen Möglichkeiten, neue Sportinteressierte anzulocken, die keinen festen Beitrag zahlen möchten?

Meike Woller weiß: „Sport ist eine gute Plattform für Integration, weil es kaum Sprachbarrieren gibt.“ Schon jetzt steht fest: Die Vereine sind begeistert und 18 Botschafterinnen nicht genug.

Anzeige

Sie planen Investitionen
in Infrastruktur- oder IT-Projekte?

Wir machen Sie fit für Ihre Ziele.



Wir bieten Ihnen im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen eine **kostenfreie Beratung** zu geplanten Investitionsvorhaben sowie zu allgemeinen Fragen im Vorfeld eines Projektes an und prüfen mit Ihnen gemeinsam, ob eine **Öffentlich-Private Partnerschaft** eine wirtschaftliche Realisierungsvariante ist.

Kompetent. Kostenfrei. Kurzfristig.

www.partnerschaften-deutschland.de/ib

**Partnerschaften
Deutschland**
ÖPP Deutschland AG

Vereinbaren Sie mit unseren Beratern
eine kostenfreie Investitionsberatung
für Ihr Projekt

+49 30 257679-0

Inklusion mit Hindernissen

Erwachsene mit einer geistigen Behinderung benötigen spezielle Sportangebote. Die bieten nur wenige Kommunen

Autor Uwe Roth

Bei Kindern bis etwa zehn Jahren klappt die Idealvorstellung von Inklusion noch perfekt: Mehrere Kinder im Rollstuhl, mit Down-Syndrom, ein Junge, der bei seiner Geburt einen Schlaganfall erlitten hat, Kinder ohne Behinderung – häufig sind es Geschwister – klettern, rutschen, hüpfen, schaukeln gemeinsam – je nachdem, was geht. Doch sobald im Sport die Stoppuhr zum Einsatz kommt, Treffer gezählt und Siegerlisten angelegt werden, die Latte höher gelegt wird, ist es aus mit dem gemeinsamen Training. Mit dem Älterwerden trennen sich die Wege. Insbesondere Erwachsene mit einer geistigen Behinderung benötigen spezielle Angebote – doch hier herrscht oft eine Angebotswüste. Nicht einmal der Württembergische Behindertensportverband kann auf Anfrage eine Übersicht geben.

Markus trainiert für sich

Markus ist 29. Er hat das Down-Syndrom und ist leidenschaftlicher Basketballspieler. Unermüdlich wirft er den Ball Richtung Korb. Und trifft gut. Trotz vieler Treffer, er verzieht keine Miene. Markus ist kein Teamplayer. Deshalb bleibt er für sich, obwohl am anderen Ende der Fröbel-Sporthalle in Ludwigsburg eine kleine Gruppe ebenfalls Basketball spielt – und das mit hörbarem Vergnügen. Ein Trainer nimmt sich Markus' an. Er stört ihn, nimmt ihm den Ball ab, trippelt um ihn herum, dann zum Korb, am Ende gibt der Trainer ab, Markus kann werfen, aber trifft nicht. Wieder verzieht Markus keine Miene. Der Trainer muss behutsam mit ihm umgehen. Frust kann bei Menschen mit Down-Syndrom schnell in Bockigkeit umschlagen. Am Ende der Stunde gibt Markus den Ball ab, zumindest hin und wieder. Das war das Trainingsziel.

Das Angebot für Menschen mit einer geistigen Behinderung macht der MTV jeden Donnerstag – und das seit mehr als 30 Jahren. Der MTV ist mit 6000 Mitgliedern der größte Sportverein in der 90 000-Einwohner-Stadt. Frank-Joachim Durlach ist von Anfang an dabei. Der diplomierte Sportlehrer nennt seine Kurse Psychomotorik oder Bewegungsspiele,

ganz bewusst nicht Sport. „In diesen Kursen gibt es keinen Wettbewerb, keinen Sieger und keinen Verlierer“, sagt er.

Inklusionssport wird nach Durlachs Überzeugung falsch verstanden. Die gängige Vorstellung sei, dass Behinderte und nichtbehinderte Menschen sich regelmäßig zum gemeinsamen Sport treffen. Inklusionssport heißt für ihn hingegen, dass „Menschen mit einer körperlichen oder geistigen Einschränkung gleiches Zugangsrecht zum Sport haben wie Nichtbehinderte“. So versteht er die UN-Behindertenrechtskonvention. Nicht allein nach seiner Meinung wird dafür aber zu wenig getan. Der Landkreis Ludwigsburg gehört zu den am dichtest besiedelten in Baden-Württemberg. Mit seinem Angebot steht der MTV in der Region fast allein da.

Nach der amtlichen Statistik sind rund 228 000 Baden-Württemberger geistig behindert, im Rollstuhl oder suchtkrank. Der Bedarf an Bewegungsangeboten wächst auch, weil laut einer Studie Menschen mit geistiger Behinderung mittlerweile eine ähnliche Lebenserwartung haben wie Nichtbehinderte. Menschen mit Down-Syndrom neigen nach einer Studie der Rotenburger Werke im Alter überdurchschnittlich zur Demenz, der durch

„

Inklusion ist, dass Menschen mit einer Einschränkung gleiches Zugangsrecht zum Sport haben wie Nichtbehinderte.

Frank-Joachim Durlach,
MTV Ludwigsburg

Sport vorgebeugt werden kann. Auch haben viele ein gestörtes Essverhalten und dadurch starkes Übergewicht

Eine große Ausnahme ist neben dem MTV Ludwigsburg der TSG Reutlingen. Der Sportverein hat für den Behindertensport sogar einen angestellten Mitarbeiter: Albrecht Tappe ist seit 1979 dabei. Der TSG bietet an jedem Tag der Woche spezielle Kurse an. Warum sich in den Kommunen in diesem Bereich so wenig entwickelt, obwohl das Thema Inklusion so populär geworden ist, kann sich Tappe auch nicht erklären. „Es ist auch positiv für die Gesellschaft und das Gesundheitswesen, wenn diese Menschen dazu gebracht werden, sich regelmäßig zu bewegen“, stellt Albrecht Tappe fest.

Vereine brauchen langen Atem

Das kann der SPD-Oberbürgermeister von Schorndorf, Matthias Klopfer nur bestätigen. Der studierte Sportwissenschaftler ist zugleich Vorsitzender der SportRegion Stuttgart und hat seine Zivildienstzeit in einer Behinderteneinrichtung verbracht. Er würde ein wachsendes Sportangebot für Behinderte sehr begrüßen. Kommunen sollten dazu etwa auf größere Vereine und Behindertenverbände zugehen und Hindernisse, wie beispielsweise Hallenmieten, beseitigen. Davon profitieren auch der MTV und der TSG. In vielen Fällen übernehmen Krankenkassen die Trainerkosten. Wie Klopfer aus seiner Stadt weiß, benötigen Inklusionsprojekte einen langen Atem. Aber am Ende, so sagt er, habe sich der Einsatz immer gelohnt.

Mehr Informationen zu Inklusionsprojekten:
www.dbs-npc.de



Läufer des TSG Reutlingen: Inklusiv beim Altstadtlauf in Reutlingen 2014

Investitionspaket schafft neue Spielräume

Sigmar Gabriel und Thomas Oppermann haben eines der größten Entlastungspakete für Kommunen seit Jahrzehnten durchgesetzt

Autor Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion



Notwendige Bauarbeiten: Kommunen müssen in ihre Infrastruktur investieren können, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

In vielen Regionen verfällt die Infrastruktur – gesperrte Brücken, sanierungsbedürftige Schulen, kaputte Straßen. Zudem gibt es noch viele weiße Flecken bei der Breitbandversorgung. Das nervt nicht nur Bürgerinnen und Bürger im Alltag, sondern beeinträchtigt auch den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Koalition hat nun ein Investitionsprogramm von 15 Milliarden Euro beschlossen, um Abhilfe zu schaffen. Dabei wird auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion ein kommunaler Investitionsfonds von 3,5 Milliarden Euro eingerichtet.

Die Förderzwecke

Die Förderzwecke für diesen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ sind auf Basis des Grundgesetzes bestimmt. Demnach darf der Bund Bereiche fördern, in denen ihm Gesetzgebungskompetenz zukommt. Dazu gehören Investitionen mit folgenden Schwerpunkten:

- Infrastruktur (Krankenhäuser, Lärmschutz Straßen, Informationstechnologie, energetische Sanierung von Infrastruktur)

- Bildungsinfrastruktur (frühkindliche Einrichtungen, energetische Sanierung von Schulen und Weiterbildungseinrichtungen)
- Klimaschutz

Verteilung der Mittel

Grundsätzlich wird die Förderung ähnlich wie beim Konjunkturpaket II ausgestaltet sein. Der Fördersatz soll bis zu 90 Prozent betragen, sprich: Kommunen können die Förderung bereits ab einem Eigenanteil von zehn Prozent der Investitionssumme in Anspruch nehmen. Kommunen können die Förderung nicht nur für zusätzliche, sondern auch für bereits geplante Vorhaben in Anspruch nehmen.

Die Länder erhalten Mittel aus dem Sondervermögen nach einem Schlüssel aus drei Faktoren: Bevölkerungszahl, Zahl der Arbeitslosen sowie Höhe der Kassenkredite. Sie gestalten die Förderprogramme selbst und legen die Kriterien fest, nach denen die Kommunen antragsberechtigt sind.

Indem speziell finanzschwache Kommunen gefördert werden, leistet das

Investitionsprogramm einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland. Das ist dringend notwendig. Gerade die strukturschwachen, hoch verschuldeten Kommunen stecken häufig in einem Teufelskreis. Sie erhöhen Steuern und Gebühren, schränken kommunale Leistungen ein und sparen bei Investitionen. Die meisten von ihnen schaffen es jedoch trotz aller Sparmaßnahmen nicht, Schulden abzubauen. Gleichzeitig investieren sie infolge der Einsparungen immer weniger und gefährden so langfristig ihre Wettbewerbsfähigkeit. Das kommunale Investitionspaket setzt genau hier an.

Darüber hinaus profitieren Kommunen auch von den zusätzlichen zehn Milliarden Euro, die für Investitionen in bestehende Bundesprogramme, zum Beispiel für Städtebau, Verkehr und Kinderbetreuung, fließen.

Entlastung bei den Ausgaben

Flankiert wird die Investitionsförderung durch die Entlastung der Kommunen, zum Beispiel bei den Sozialausgaben. Seit 2014 übernimmt der Bund die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung komplett.

In den Jahren 2015 und 2016 entlastet der Bund die Kommunen zusätzlich um jeweils eine Milliarde Euro. 2017 wird diese Entlastung auf 2,5 Milliarden Euro erhöht und ab 2018 dauerhaft auf fünf Milliarden Euro jährlich aufgestockt. Die Kommunen erhalten das Geld zunächst über eine Erhöhung des Umsatzsteueranteils und der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft.

Zur Unterstützung bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen gewährt der Bund Hilfen in Höhe von jeweils 500 Millionen Euro im Jahr 2015 und 2016. Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass die Aufgaben für die Kommunen hier riesig sind. Damit sie nicht zum Konfliktstoff werden, müssen wir Wege finden, die Kommunen weiter von Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen zu entlasten. Insgesamt erreichen wir mit den skizzierten Maßnahmen bis zum Jahr 2018 eine Entlastung der Kommunen um mehr als 25 Milliarden Euro. Sigmar Gabriel spricht zu Recht vom „größten Entlastungspaket für Kommunen seit Jahrzehnten“. Damit schaffen wir Spielräume, die die Kommunen nutzen können, um das direkte Lebensumfeld der Menschen zu verbessern.

„**Strukturschwache, hoch verschuldete Kommunen stecken häufig in einem Teufelskreis. Hier setzt das Paket an.**“

Bernhard Daldrup, MdB

V.i.S.d.P.:

Petra Ernstberger, Parlamentarische Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227-744 20, petra.ernstberger@spdfraktion.de

Schutz für Sportplatz um die Ecke

Bundesumweltministerium prüft Lärmschutzregeln

Es beschweren sich immer mehr Anlieger von Sportanlagen in Wohngebieten über die Geräuschkulisse. Viele klagen sogar gegen den Lärm und berufen sich dabei auf die Sportanlagenlärmschutz-Verordnung als Teil des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Für Kinderlärm gibt es eine Sonderregelung, gegen ihn kann in der Regel nicht geklagt werden.



Beim Weitwurf geht es manchmal laut zu.

Künftig soll es im Kern darum gehen, den Spielbetrieb von Kinder- und Jugendmannschaften auch nicht mehr als Lärm zu werten. In der aktuellen Fassung von 2006 sei die Sportanlagenlärmschutz-Verordnung nicht mehr zeitgemäß, finden einige Bundesländer. Sie haben sich deshalb einer Bundesratsinitiative Hamburgs zur Neufassung der Sportanlagenlärmschutzverordnung angeschlossen. In einem Beschluss vom Juli vergangenen Jahres forderte die Ländervertretung die Bundesregierung auf, das Paragrafenwerk zu überarbeiten. Ende Januar 2015 stand das Thema Lärmschutz im Sportausschuss des Bundestages auf der Tagesordnung. Umwelt-Staatssekretär Florian Pronold stellte erste Überlegungen vor. Später zugezogene Anwohner argumentieren häufig, dass Altanlagen, die Bestandschutz genießen, durch Modernisierungen – etwa den Bau eines Kunstrasenplatzes – ihr Privileg verlieren würden. Mit der neuen Verordnung soll den Nachbarn der Wind aus den Segeln genommen werden. Außerdem wünscht sich der Bundesrat eine Öffnungsklausel. Sie soll den Ländern eigene Regelungen erlauben. Laut einem Sprecher des zuständigen Bundesumweltministeriums werden die Diskussionen noch bis Mitte des Jahres andauern. UB



Standpunkt

Norbert Bude, Vorsitzender der Bundes-SGK

Die kommunalen Forderungen, die Lasten der Flüchtlingsunterbringung und Integration als gesamtstaatliche Aufgabe wahrzunehmen, sind berechtigt. Angesichts der jüngsten humanitären Katastrophe im Mittelmeer wird umso deutlicher, dass wir in der Pflicht stehen, vermehrt Menschen bei uns aufzunehmen. Viele von ihnen werden auch dauerhaft bei uns bleiben. Wir müssen in den Kommunen die Bedingungen dafür schaffen, dass Flüchtlinge und andere Einwanderer in unsere Gesellschaft integriert werden. Dabei dürfen die Städte, Gemeinden und Kreise nicht alleingelassen werden. Bund und Länder müssen die damit verbundenen Kosten tragen. Sie müssen Rahmenbedingungen schaffen, dass die Zugewanderten die deutsche Sprache erlernen, Arbeit aufnehmen und gesundheitlich versorgt werden können.

Forderungen immer wieder artikulieren

Es ist wichtig, diese berechtigten Forderungen immer wieder zu artikulieren. Denn die Katastrophe wird nicht aufhören, solange nicht Lösungen im europäischen Kontext wie auch innerhalb der gesamten Staatengemeinschaft gefunden werden. Verbesserungen und humanitäre Hilfen in den Herkunftsländern zählen ebenso dazu wie die Bekämpfung krimineller Schleuserbanden. Wir müssen unsere Stimme erheben, weil wir tagtäglich in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen die Herausforderungen der wachsenden Zahl von Flüchtlingen meistern müssen und dies auch tun. In ganz Deutschland erleben wir derzeit eine beispiellose Hilfsbereitschaft der Bevölkerung, gemeinsam mit den kommunalen Stellen die Aufnahme von Flüchtlingen gut zu organisieren. Dieses Klima darf nicht durch mangelndes oder zögerliches Handeln auf Länder- oder Bundesebene aufs Spiel gesetzt werden.

Menschen müssen Perspektiven erhalten

„Kommunen unterstützen, Engagement nachhaltig stärken“ hat es Bernhard Daldrup, der kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagfraktion, in einer Pressemitteilung genannt. Genau darum geht es. Damit die Menschen, die zu uns kommen vernünftig untergebracht und betreut werden können. Damit die Menschen, die bei uns bleiben, schnellstmöglich Perspektiven erhalten. Damit das rechte Pack es nicht schafft, den sozialen Frieden durch seine Lügen, Hassparolen und menschenverachtenden Forderungen nachhaltig zu stören. Die jüngsten Beispiele von Morddrohungen gegen engagierte und demokratische Kommunalpolitiker sowie die Gewaltaktionen gegen Flüchtlingsunterkünfte dürfen nicht nur Entsetzen und Trauer hervorrufen, sondern erfordern zügiges und zielgerichtetes Handeln. Bund und Länder sind gefordert, die Lasten der Flüchtlingsunterbringung und Integration als gesamtstaatliche Aufgabe anzugehen.

SGK lädt Geschäftsführer zu Seminar ein

Die Bundes-SGK veranstaltet am 10. und 11. Juli 2015 in Springe das Seminar „Geschäftsführung von Rats- und Kreisfraktionen“. Die Veranstaltung richtet sich an Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer von Ratsfraktionen und bietet Reflexionsmöglichkeiten in der Bewältigung des Management-Alltags. Schwerpunkte des Seminars sind die Profilierung der Rollen und Aufgaben der Geschäftsführung sowie die Verbesserung der Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit und der (Selbst-)Organisation. SGK

Mehr Infos: www.bundes-sgk.de/termine/

Mentoring-Programm für Frauen in der Politik

Der SPD-Parteivorstand und die Bundes-SGK starten Ende 2015 das neue Mentoring-Programm „Frauen in Führung“. Es richtet sich an Frauen, die bereits Führungspositionen in der Kommunalpolitik einnehmen oder diese anstreben. Mit dem Programm erhalten sie die Möglichkeit, neue Kontakte zu knüpfen, ihre Kompetenzen zu vertiefen und neue Karriereoptionen zu erschließen. Auch ein persönliches Profi-Coaching wird den Mentees geboten. Dafür leisten sie angemessene, gestaffelte Kostenbeiträge. Bewerbungen für das zwölf Monate dauernde Programm sind bis zum 30. Juni einzureichen. CFH

Mehr Informationen: www.demo-online.de

SPD fordert Entlastung bei Flüchtlingskosten

Das SPD-Präsidium fordert in einem Beschluss zur Flüchtlingspolitik, dass der Bund die Länder und Kommunen durch eine strukturelle Übernahme von Kosten entlasten soll. Die bisherigen Zusagen der Bundesregierung reichten nicht aus. Entweder müsse der Bund sich mit einem maßgeblichen Pauschalbetrag für Unterbringung, Betreuung und andere Integrationsmaßnahmen an den Kosten beteiligen, oder die Geltung des Asylbewerberleistungsgesetz zeitlich beschränken. Übernehmen soll der Bund auch die Gesundheitskosten. CFH

Mehr: spd.de/aktuelles/Fluechtlingspolitik/

Tiefensee: „Der Aufbau Ost ist gelungen“

Es war ein Meilenstein auf dem Weg in die Demokratie: Am 6. Mai 1990 wurden in der DDR die ersten freien Kommunalwahlen durchgeführt. 25 Jahre später haben die Bundes-SGK und das Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie mit einer Veranstaltung in Berlin an das Ereignis erinnert. Die Bürger, die damals für politische Ämter kandidierten, hätten entscheidend zum politischen Wandel in der DDR beigetragen, betonte der Vorsitzende der Bundes-SGK Norbert Bude. Die Wahl sei auch der Grundstein für die Vollendung der SGK gewesen. Hauptredner der Veranstaltung am 25. April im Willy-Brandt-Haus war Wolfgang Tiefensee. „Der Aufbau Ost ist gelungen“, sagte der Wirtschaftsminister von Thüringen, Vorsitzende des Forums Ostdeutschland und ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig. „An dieser Erfolgsgeschichte haben die Kommunen einen sehr großen Anteil.“ Die Dein-



Im Willy-Brandt-Haus hebt Wolfgang Tiefensee den großen Anteil der Kommunen hervor.

dustrialisierung im Osten sei gewendet worden. Nun müsse auch die soziale Einheit vollendet werden, etwa mit Blick auf die unterschiedlichen Renten in Ost und West. Und die Demokratie müsse weiterhin verteidigt werden, zum Beispiel gegen ihre Gegner von Rechts. „Es gibt unglaublich viel zu tun“, mahnte Tiefensee. Auch die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi lobte die „unglaubliche Aufbauarbeit in den letzten 25 Jahren“. Dazu beigetragen habe die Solidarität aus Westdeutschland. Solidarität werde auch weiterhin benötigt, sagte Fahimi mit Verweis auf den 2019 auslaufenden Solidarpakt. „Wir brauchen einen Anschlusspakt für alle strukturschwachen Kommunen.“

CFH



Bei der Kommunalwahl 1990 ging es nicht nur um ein Prozedere, sondern um den Anspruch auf Freiheit, der dahinter steckte.

Yasmin Fahimi,
SPD-Generalsekretärin

Verkehrsminister wollen mehr Tempo-30-Zonen



Dieses Schild soll künftig häufiger zu sehen sein.

Eine Arbeitsgruppe soll Vorschläge erarbeiten, wie die Ausweisung von Tempo-30-Zonen erleichtert werden kann. Das haben die Länderverkehrsminister auf einer Konferenz im April beschlossen. Bisher kann Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen nur in Ausnahmefällen angeordnet werden. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) begrüßt eine mögliche Regelung, die es Städten und Gemeinden erlaubt, Tempo-30-Zonen in eigener Verantwortung auszubauen. Ein generelles Tempo 30 in Ortschaften sei aber abzulehnen. CFH

Anzeige

Wir stecken überall unsere Nase rein.

Die Innovationskraft ist zentral für die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens. Deshalb arbeiten wir als nachhaltig ausgerichtetes Energieunternehmen an Lösungen zukunftsfähiger Energieversorgung, insbesondere im Bereich erneuerbare Energien. **Mehr unter www.mvv-energie.de/nachhaltigkeit**

 **MVV** Energie



Chancen nutzen

Die Einführung der Doppik ist zentral für Kommunen

Autor Dr. Bernd Eckstein, Leiter Vertrieb Public Sector bei der DATEV eG

Ein ausgeglichener Haushalt fällt nicht vom Himmel. Um ihn zu erreichen, muss die Verwaltung die Wirtschaftlichkeit im Blick haben. Doppik schafft die nötige Transparenz: über die Vermögens- und Schuldensituation sowie über Ressourcenverbrauch und -aufkommen eines Haushaltsjahres. Sie ist die Voraussetzung für die Beurteilung, Steuerung und Kontrolle der Wirtschaftlichkeit bei der Aufgabenerfüllung.

Zudem ist es in der Doppik einfacher, qualifizierte Kostenrechnungssysteme zu führen und zu pflegen. Sie liefert eine bessere Datenbasis als die zahlungsorientierten Daten der Kameralistik. Durch das einheitliche Rechnungswesen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung führt die kaufmännische Buchführung zu einer besseren Vergleichbarkeit. Nicht zuletzt lassen sich auch die kommunalen Unternehmen im Rahmen der Konzernrechnungslegung im Gesamtabschluss konsolidieren. Es entsteht ein aussagekräftiges Bild darüber, in welchem Maße die Kommune in ihrer Gesamtheit ihren Aufgaben gerecht werden kann.

Das System funktioniert

Die Vorteile für die Verwaltungssteuerung sehen auch die Praktiker. In den

Anwenderstimmen überwiegt trotz einzelner Kritik der Nutzen: Da die Doppik im gemeindlichen Haushalt Transparenz darüber schafft, was die erbrachten Produkte und Leistungen die Kommune tatsächlich kosten, erleichtert sie die Planung. Weil sämtliche Aufwendungen in die Darstellung miteinbezogen sind, ist sie eine gute Grundlage für eine outputorientierte Betrachtung der kommunalen Produkte. Anhand der Bilanz beziehungsweise der Ergebnisrechnung lässt sich beispielsweise leicht erkennen, ob gemeindliches Vermögen weniger geworden ist oder nicht. Ebenso wird positiv gesehen, dass sich auf Basis der Doppik das Finanzwesen im „Konzern Kommune“ vereinheitlichen lässt, indem die kommunalen Betriebe und Beteiligungen integriert werden.

Die Doppik trägt dazu bei, die negativen Auswirkungen des kameral induzierten Handelns und seine wirtschaftlichen Defizite zu identifizieren. Zudem ist seit der Umstellung eine wirkliche Steuerung durch Budgets möglich, die durch eine saubere Kosten- und Leistungsrechnung sowie ein Controlling gestützt wird. Manche Städte und Gemeinden sehen in der Cashflow-Analyse auf Basis der Finanzrechnung ein wichtiges Steue-

rungsinstrument für ihre kurz- und mittelfristige Liquiditätsplanung. Nachteile zur Kameralistik ergeben sich hier somit keineswegs. Die zusätzlichen Informationen machen es Kommunen einfacher, sich auf die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung einzustellen.

Mehr Effizienz durch moderne Strukturen

Zudem berichten Kommunen, dass sie das Doppik-Umstellungsprojekt auch genutzt haben, um die gesamten Prozesse des Finanzwesens – vom Rechnungseingang bis zur Verbuchung – effizienter zu gestalten. Zudem kommt es den Städten und Gemeinden zugute, dass mit der Doppik auch mehr Software-Anbieter als Wettbewerber auf den Markt drängen.

Da über die Produkt-Budgetierung die Finanzverantwortung dezentralisiert werden kann, ist eine flexiblere Mittelbewirtschaftung möglich. Immer mehr Kommunen teilen ihren Verwaltungsberreichen im Rahmen definierter Aufgaben oder vereinbarter Ziele ihre Finanzmittel zur weitgehend eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zu. Die Einheit von Fach- und Finanzverantwortung im jeweiligen Bereich soll das Kostenbewusstsein stärken. Zudem lassen sich so die vor Ort erkennbaren Optimierungspotenziale nutzen.

Entscheidend für den Erfolg der Doppik ist allerdings nach wie vor, dass diese als Gesamtsystem im Sinne eines Steuerungskonzeptes verstanden und umgesetzt wird.

”

Doppik schafft Kosten-Transparenz im gemeindlichen Haushalt und erleichtert die Planung.

Bernd Eckstein

Weitere Informationen

www.datev.de/kommunen

E-Government: Ein Fall für ganz oben

Warum das Thema E-Government bei der Verwaltungsspitze an der richtigen Stelle ist

Autor Claus Arndt, Referent des Bürgermeisters der Stadt Moers für E-Government und neue Medien

E-Government bedeutet Veränderung. In dieser simplen Aussage steckt eine Menge verwaltungskulturellen Dynamits. Vor allem in einer Zeit, in der sich E-Government zu einer umfassenderen Open Government-Strategie weiterentwickelt. Aus den Anfängen kommunaler Internetseiten mit E-Mail-Adressen und Kontaktformularen ist eine Weblandschaft mit vielfältigen Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten entstanden. Die Öffnung der Verwaltung findet ihre aktuelle Ausprägung in zahlreichen Beteiligungsplattformen und einer wachsenden Zahl von Open Data-Portalen.

Bereits mit Einzug des Internets in die Kommunalverwaltung in den 1990er Jahren gab es Forderungen, den technischen und kulturellen Wandel innerhalb der Behörden durch die Verwaltungsspitzen aktiv voranzutreiben. Nicht nur weil E-Government mit technologischen und organisatorischen Veränderungsprozessen bis in den letzten Winkel der Verwaltung wirkt, sondern auch, weil es eine Haltung ist. Die digitale Evolution der Amtsstuben brachte über Gästebücher und Foren die Verwaltung immer mehr an die Bürger heran. Die Nutzung von Social-Media-Angeboten oder die Bereitstellung offener Daten bis hin zu neuen Formen der Kooperation brechen die alten Muster der klassischen Obrigkeitsverwaltung auf.

All dies bedarf der Vermittlung: E-Government ist nicht allein ein Feld der IT, sondern in gleichem Maße eine Aufgabe der Organisation. Es muss fachübergreifend gesteuert werden. Und es gilt, die schnellen technischen Entwicklungen, Modernisierungsprojekte und Erwartungshaltungen in alle Richtungen zu vermitteln: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Verwaltungsführung und Politik.

Ein Weg, diese Veränderungsprozesse zu managen, ist es, beim Bürgermeister eine Stabsfunktion für den Bereich E-Government zu etablieren. In Moers ist diese inhaltlich noch um das Thema neue Medien erweitert worden, um auf

die rasante Entwicklung im Bereich sozialer Netzwerke reagieren zu können. Entscheidend ist die enge Anbindung an den Bürgermeister und somit an die Verwaltungsführung. Kurze Wege vereinfachen Entscheidungsprozesse, das ist ein Vorteil in diesem dynamischen Bereich. Die Verwaltungsführung kann kontinuierlich in Kenntnis gesetzt werden, die Vermittlung komplexer technischer Fragestellungen spielt dabei eine zentrale Rolle. Nicht zuletzt ist die Einrichtung einer Stabsstelle ein wichtiges Signal, mit dem die angesprochene Haltung zum Ausdruck kommt: E-Government ist ein bedeutendes Thema für die Verwaltung der Gegenwart und Zukunft. Ihm wurde in Moers entsprechendes Gewicht verliehen, indem es dort angesiedelt wurde, wo es nach Meinung aller E-Government-Experten verortet werden muss: bei der Verwaltungsspitze.



E-Government ist nicht allein ein Feld der IT, sondern in gleichem Maße eine Aufgabe der Organisation

Claus Arndt

»HACKDAY« IN MOERS

Als eine der ersten Städte Deutschlands startete die Stadt Moers im Februar 2013 unter www.offenedaten.moers.de ein Open Data-Portal. Inzwischen werden dort über 200 Datensätze zur freien Verwendung angeboten. Von Anfang an wurde der intensive Austausch mit der Community gesucht. Der Dialog über soziale Netzwerke und andere Kanäle fand dabei eher mit einer überregionalen Zielgruppe statt, da eine lokale Community kaum zu identifizieren war.

Um das zu ändern, hat die Stadt Moers Ende März 2015 gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung einen „Hackday“ im Moerser Rathaus veranstaltet. Ziel war es, Menschen in der Region und in Moers einzubinden, die an offenen Daten interessiert sind. Mit großer Resonanz: Über 50 Teilnehmer kamen und in mehreren Gruppen wurde fleißig gehackt. Dabei sind einige kreative Anwendungen entstanden – bis hin zum Anstoß für ein „Code for Niederrhein“-Lab. Nach dem Erfolg war schnell klar: Auch in 2016 muss es einen Hackday in Moers geben!

Infos: hackday.moers.de



Verwaltung näher an die Bürger bringen: Social-Media-Angebote und offene Daten brechen die klassische Obrigkeitsverwaltung auf.



www.hatdiewahl.de – das 2014 entwickelte Homepage-System ermöglicht das Einrichten moderner Wahlkampf-Webseiten ohne Vorkenntnisse

WWWahlkampf

Kann man sich künftig den Straßenwahlkampf sparen? Sicher nicht. Dennoch wird der Online-Wahlkampf immer wichtiger

Autor Henning Flaskamp, Projektmanager Digitales bei NWMD

Klassische Wahlkampfinstrumente haben eine große Reichweite: Spots im Radio oder Fernsehen, Plakate und Printanzeigen erreichen zusammen mit dem Straßenwahlkampf eine Vielzahl von Menschen. Dieser Vorteil ist zugleich ein Nachteil. Denn diese Art der Wahlwerbung ist relativ teuer, für Kommunalwahlkämpfe zum Teil nicht geeignet und lässt sich nur in begrenztem Maße individualisieren. Die Streuverluste sind enorm.

Gezielte Ansprache in der digitalen Lebenswelt

Insbesondere die Lebenswelt von jungen Menschen findet immer mehr im Digitalen statt – also bei Facebook, Twitter und anderen Websites. Sie sind es gewohnt, auf diesen Seiten individuell angesprochen zu werden. Eine (Wahl)Werbung, die sich an alle richtet, nimmt diese Wählergruppe kaum noch wahr.

Wer die 18- bis 35-Jährigen erreichen will, kann deshalb auf einen Online-Wahlkampf nicht mehr verzichten. Kandidatinnen und Kandidaten müssen in den sozialen Netzwerken präsent sein und Informationen zur Person und zu politischen Inhalten auf Kampagnen-homepages anbieten. Die Inhalte soll-



Online-Wahlkampf: gestern Bonbon, heute wichtig, morgen unverzichtbar

Henning Flaskamp

ten auf der kommunalen Ebene immer den lokalen Kontext einbeziehen.

Eine wachsende Zielgruppe für Online-Wahlkämpfe

Nach der Bundestagswahl 2013 hieß es in den Medien, dass die Parteien im Netz nur einen kleinen Teil der Wahlberechtigten erreichen konnten. Gute Ergebnisse gab es nur in der Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren. Das heißt aber gleichzeitig, dass der Online-Wahlkampf in Zukunft immer wichtiger wird. Denn mit dem 30. Geburtstag hören diejenigen, die im Internet aufgewachsen sind, nicht auf, es zu nutzen. Diese Wählergruppe muss also von Jahr zu Jahr weiter gefasst werden. Zudem entdecken zunehmend auch ältere Nutzerinnen und Nutzer das Internet. Außerhalb der Kernzielgruppe wächst die Reichweite also kontinuierlich.

Welche Kanäle sollten genutzt werden?

Eine informative Webseite ist eine gute Basis, um Wählerinnen und Wähler über Kandidatinnen und Kandidaten, das Wahlprogramm und Veranstaltungen zu informieren. Die Kommunikationsagentur und vorwärts-Tochter NWMD hat erstmalig zu den Kommunalwahlen 2014 mit hatdiewahl.de ein Homepage-System

für SPD-Gliederungen angeboten, das die Einrichtung moderner Wahlkampfseiten ohne Vorkenntnisse möglich gemacht hat.

Durch die Einbindung verschiedener Feeds (Inhalte aus sozialen Netzwerken und von anderen Webseiten werden automatisch angezeigt) wirken diese Seiten lebendig, ohne größere personelle Ressourcen zu brauchen.

Das Online-Instrument muss zu den Kandidaten passen

Viele Gliederungen konnten mit ihren Auftritten (z.B. euskirchen.hatdiewahl.de oder leipzig.hatdiewahl.de) punkten und wurden von der lokalen Presse lobend für ihre professionellen Auftritte erwähnt. Markus Ramers, Vorsitzender der SPD im Kreis Euskirchen, fasste seine Erfahrungen mit dem System so zusammen: „Wir haben hatdiewahl.de mit dem kompletten SPD-Kreisverband Euskirchen und seinen zwölf Ortsvereinen eingesetzt. Die Bedienung war leichter als gedacht und das moderne Design der Seiten brachte uns viel positives Feedback.“

Unter den sozialen Netzwerken ist nach wie vor Facebook die erste Wahl. Instagram kann ergänzend für die Erstellung und Verbreitung starker Bildbotschaften genutzt werden. Grundsätzlich sollte die Wahl der sozialen Netzwerke zur Kandidatin bzw. zum Kandidaten passen. Wenn jemand mit Twitter nichts anfangen kann, sollte er es auch nicht nutzen, nur um „dabei zu sein“. Das wirkt nicht authentisch.

Erfolg im Netz ist messbar

Die meisten Homepages und auch Facebook ermöglichen mit ihren Statistiktools einen guten Einblick, wie viele Menschen mit den eigenen Aktivitäten erreicht und wie sie aufgenommen werden.

Wer es etwas genauer wissen will, kann entsprechende Analysetools nutzen. Agenturen für Onlinewahlkampf bieten oft eine Gegneranalyse und Auswertung der eigenen Aktivitäten unter Zuhilfenahme entsprechender Instrumente an.

Gestern Bonbon, heute wichtig, morgen unverzichtbar – vielleicht lässt sich so die Entwicklung des Onlinewahlkampfes zusammenfassen. Er wird die Präsenz vor Ort auf absehbare Zeit nicht ersetzen, aber er wird eine Rolle spielen. Wer seine Möglichkeiten nicht nutzt, verschenkt bereits jetzt Potenzial.

Weitere Informationen www.hatdiewahl.de



E-Bilanzen kostengünstig an die Finanzverwaltung übermitteln.

Die Online-Lösung zur Erfüllung der aktuellen steuerlichen und handelsrechtlichen Vorgaben.



JETZT KOSTENFREI ANMELDEN!
www.ebilanz-online.de

Jetzt
kostenloses
Probeheft
anfordern!



www.bilanz-aktuell.de



**Bundesanzeiger
Verlag**

Steuer-
Know-how
durch:

fwsb gmbh

CEI Reg

Internationale Vergabestelle für LEIs

Mehr Transparenz im Haifisch- becken!

Vertrauen Sie auf unsere jahrzehntelange Erfahrung im verantwortungsbewussten und seriösen Umgang mit sensiblen Unternehmensdaten und nutzen Sie unsere Kompetenz in der fachkundigen Unternehmensidentifikation für die schnelle und zuverlässige Freischaltung und Bereitstellung Ihres LEIs – selbst bei Massenbeantragungen.

Unsere Stärken sind Ihre Vorteile: umfangreiches Knowhow im sicheren Betrieb elektronischer Plattformen und der Verwaltung von Daten sowie eine professionelle und persönliche Unterstützung durch kompetentes Fachpersonal.

Der Bundesanzeiger Verlag als Betreiber des Corporate Entity Identifier Register – CEIReg www.ceireg.de ist als internationale Vergabestelle für LEIs akkreditiert und somit als Pre-LOU (Pre-Local-Operating-Unit) mit dem Präfix „3912“ Teil des globalen LEI-Vergabesystems.

Dieser LEI wird uneingeschränkt von den nationalen und internationalen Aufsichtsbehörden anerkannt.

Mit Ihrem LEI von CEIReg für mehr Sicherheit bei internationalen und nationalen Finanztransaktionen

Die Registrierung und die Prüfung Ihrer Authentifizierungsunterlagen erfolgen kostenlos.



**Bundesanzeiger
Verlag**

www.ceireg.de





Leistungsfähige Glasfasernetze sind Teil moderner kommunaler Daseinsvorsorge.

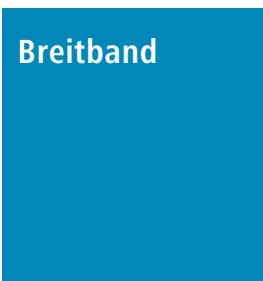
Breitband ist Daseinsvorsorge

Nicht nur Großkonzerne: Für den Breitbandausbau brauchen wir das Engagement kommunaler Unternehmen

Autor Christoph Pauselius, kommunale IT- und Breitbandprojekte, Pauselius Projektentwicklung/GlasNetz

Die kommunalen Spitzenverbände haben das nur bedingte Engagement der Deutschen Telekom beim Breitbandausbau kritisiert. Gleichzeitig wollen sie kommunale Unternehmen stärken, die aktuell im Breitbandausbau in Deutschland aktiv sind. Landrat Reinhard Sager vom Deutschen

Landkreistag (DLT) und Oberbürgermeister Ivo Gönner vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU) haben sich gemeinsam dagegen ausgesprochen, dass der ehemalige Monopolist Telekom die eigene Privilegierung beim Breitbandausbau missbraucht. „Wir sind gegen Rosinenpickerei.“ Es dürfe zu keiner



weiteren Zerstückelung des ländlichen Raums in wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Gebiete kommen.

Das sogenannte „Vectoring“ im Nahbereich bewirke „lediglich, dass ohnehin bereits gut versorgte Haushalte noch besser versorgt werden können“, so Sager und Gönner in aktuellen Presseerklärungen. „Was wir aber benötigen, ist ein möglichst flächendeckender Glasfaserausbau.“ Zu dem leiste die Telekom allerdings nur bedingt einen Beitrag.

Problem Doppelausbau

Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des VKU, attackierte den Bonner Konzern direkt. „Wir sehen das Problem des Doppelausbau.“ Der VKU beobachte häufig, „dass die Telekom zunächst kein Interesse an einem Ausbau zeigt und dies damit begründet, dass die Kosten zu hoch seien.“ Bis eine Kommune ein eigenes Breitbandunternehmen gründe – „und plötzlich wolle die Telekom doch ausbauen“, so Reck in der Berliner Zeitung. Für ihn sind solche Aktionen kontraproduktiv: „Geld und Ressourcen werden verschwendet und letztlich wird der Ausbau verschleppt.“

In einem eigenen „Positionspapier Breitbandausbau“ fordert der VKU die Beschleunigung des Breitbandausbaus in Deutschland und hat die dafür erforderlichen zentralen Positionen definiert. So muss aus Sicht des VKU die Breitbandversorgung als Daseinsvorsorge verankert und die kommunale Betätigung in diesem Bereich erleichtert werden. „Immer mehr Kommunen betrachten eine

FOTO: 3DKOMBINAT/FOTOLIA

Anzeige

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

JETZT AUF FACEBOOK BESUCHEN!

www.facebook.com/demo.online



Schnelles Internet im ländlichen Raum: kommunales Engagement beim Breitbandausbau stärken

leistungsfähige Breitbandversorgung als Teil der modernen Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen übernehmen Verantwortung für ihre Region und bauen leistungsfähige Glasfasernetze aus, mehr und mehr werden auch eigene Services angeboten.“ Allerdings bestünden in den Kommunalverfassungen der Länder unterschiedliche rechtliche Voraussetzungen für eine kommunale Betätigung im Bereich Telekommunikation. Häufig sei die Breitbandversorgung anders als zum Beispiel die Energie- und Wasserversorgung nicht als kommunale Daseinsvorsorge anerkannt. Entsprechende Klarstellungen im Gemeindefinanzrecht sollten eine wichtige Signalwirkung haben.

Keine Lückenbüßer

Gleichwohl dürften kommunale Unternehmen nicht als Lückenbüßer nur in solchen Gebieten agieren, wo ein Ausbau gerade für private börsennotierte Unternehmen aufgrund hoher Ausbaucosten und geringer potenzieller Kundenzahlen nicht attraktiv sei. „Wo offensichtlich Marktversagen stattfindet, sollten ordnungspolitische Elemente, wie sie in anderen Infrastrukturbereichen üblich sind, diskutiert werden“, fordert der VKU.

Auch dem Thema offenes WLAN in den Kommunen komme im Zusammenhang kommunaler Attraktivität eine wichtige Funktion zu. Dabei geht es zum einen um Standortattraktivität, aber auch um die Klärung der Haftungsfragen für WLAN-Betreiber. „Neben der Verfügbarkeit hochleistungsfähiger Festnetzinfrastruktur ist auch die Verfügbarkeit von freiem und öffentlichem WLAN ein wesentlicher Teil der Attraktivität eines Standorts.“ Die dort aktuell bestehende Rechtsunsicherheit hinsichtlich der Haftungsfragen, sowie konkret bei der Verletzung des Urheberrechts oder bei illegalen Downloads gelte es schnellstmöglich zu beseitigen.

Unter dem Motto „keine Konzentration auf Großkonzerne“ engagiert sich der VKU dezidiert für das kleinzellige Engagement kommunaler Unternehmen beim Breitbandausbau: „Für einen zügigen flächendeckenden Breitbandausbau braucht es die Anstrengungen aller Marktteilnehmer. Eine einseitige regulatorische Bevorzugung einzelner Akteure ignoriert die realen Marktgegebenheiten und behindert den flächendeckenden Breitbandausbau.“ »Regulierungsferien« für die Deutsche Telekom seien daher genauso abzulehnen wie deren mögliche Remonopolisierung durch den kürzlich beantragten Exklusiv-Einsatz von Vectoring im Nahbereich des Hauptverteilers.

Nicht nur Großkonzerne

Unter dem Motto „keine Konzentration auf Großkonzerne“ engagiert sich der VKU dezidiert für das kleinzellige Engagement kommunaler Unternehmen beim Breitbandausbau: „Für einen zügigen flächendeckenden Breitbandausbau braucht es die Anstrengungen aller Marktteilnehmer. Eine einseitige regulatorische Bevorzugung einzelner Akteure ignoriert die realen Marktgegebenheiten und behindert den flächendeckenden Breitbandausbau.“ »Regulierungsferien« für die Deutsche Telekom seien daher genauso abzulehnen wie deren mögliche Remonopolisierung durch den kürzlich beantragten Exklusiv-Einsatz von Vectoring im Nahbereich des Hauptverteilers.

Weitere Informationen

www.vku.de/telekommunikation

IMPRESSUM

Network Media GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Tel. (030) 740 73 16-00, Fax (030) 740 73 16-75
E-Mail: info@nwmd.de

Projektleitung: Henning Witzel, Tel. (030) 740 73 16-36

Redaktion: Gero Fischer, Birgit Güll

Anzeigen: Nicole Stelzner
(Leiterin Unternehmensentwicklung/Verkauf)

Layout: Heidemarie Lehmann

Litho: metagate Berlin, Litfaß-Platz 1, 10178 Berlin,
Tel. (030) 283 06-200

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG,
Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

„... das Wesentliche
ist für die Augen
unsichtbar.“

Antoine de Saint-Exupéry



Mit dem Ausbau von hochmodernen und effizienten Glasfasernetzen generiert RFT kabel leistungsstarke und zukunftssichere Breitband-Telekommunikationsstrukturen für Kommunen und Unternehmen.

Als mittelständisches & inhabergeführtes Unternehmen bietet RFT kabel zudem umfassende und technologieorientierte Services im Bereich der Breitbandkabeltechnik - alles aus einer Hand.

DER ANSCHLUSS MIT ZUKUNFT

RFT
Kabel®

Foto: (c) panthermedia.net / Bernhard Wolfgang Schneider

Vorsprung auf dem Fachkräftemarkt

Für Kommunen wird das Thema Fachkräftenachwuchs immer wichtiger. Die Jobbörse Interamt kann helfen

Autor Henning Witzel

Der „War of Talents“ wird auch im öffentlichen Dienst immer spürbarer: Die Kommunen konkurrieren bei der Suche nach den besten Köpfen nicht nur untereinander, sondern auch mit der Privatwirtschaft.

Um vor allem den Fachkräftenachwuchs gezielt anzusprechen, reichen daher Printmedien längst nicht mehr aus. Immer mehr Stellensuchende, speziell die jüngere Generation, nutzen für die Jobsuche bevorzugt Online-Medien.

Online-Recruiting kann interne Bearbeitung optimieren

Kommunen, die auf Online-Recruiting setzen, benötigen dafür das passende Portal. Es muss mit den Kanälen der Bewerber vernetzbar sein und gleichzeitig auf die spezifischen Anforderungen der kommunalen Verwaltungen in der ganzen Republik zugeschnitten sein.

Für große Städte oder Landkreise mit hohem Personalbedarf ist das Thema Online-Recruiting aber noch aus einem anderen Blickwinkel interessant. Neben viel Flexibilität bei der Stellenausschreibung und Personalsuche bietet die Systemlösung ein umfassendes Bewerbermanagement und die Optimierung interner Bearbeitungsprozesse.

Jobportal für die öffentliche Verwaltung

Diese unterschiedlichen Anforderungen deckt die Jobbörse Interamt ab. Betrieben wird das Stellenportal für den öffentlichen Dienst von Vivento, dem Personal- und Servicedienstleister der Deutschen Telekom. Im vergangenen Jahr verzeichnete Interamt rund sieben Millionen Seitenaufrufe, Tendenz steigend.

„Der Erfolg von Interamt“, so Dr. Heinrich Heindl, Geschäftsleiter Vertrieb und Marketing bei Vivento, „beruht auf dem genauen Zuschnitt für die speziellen Bedürfnisse des öffentlichen Dienstes. Bei der Entwicklung von Interamt haben wir unsere gesamte Exper-

tise als langjähriger Personaldienstleister im Bereich Public einfließen lassen und dabei auch kontinuierlich Feedback unserer Kunden eingeholt und berücksichtigt.“ Dazu zählen anonymisierte Bewerbungsverfahren ebenso wie die Eignungsdiagnostik.

Bei einer im vergangenen Jahr durchgeführten Befragung unter Behördenkunden erreichte das Jobportal eine Weiterempfehlungsquote von über 90 Prozent.

Bearbeitungszeit erheblich reduziert

In einigen Behörden konnte die Bearbeitungszeit von Bewerbungen innerhalb von drei Monaten um nahezu die Hälfte reduziert werden. Zeit, die für die eigentliche Bewerberauswahl genutzt werden konnte.

Möglich macht dies ein IT-gestütztes Ausschreibungs- und Bewerbermanagement, das die komplette Prozesskette abbildet: Vom Eingang der Bewerbung über die Kommunikation mit dem Bewerber, der Einbindung sämtlicher entscheidungsrelevanter Abteilungen bis hin zur Unterstützung bei der Bewerberauswahl mittels Ranking-Funktionen.

Investitionen in neue IT-Infrastrukturen sind dafür nicht nötig. Interamt ist eine browserbasierte Anwendung, die über eigens konfigurierte Schnittstellen mit den vorhandenen HR-Systemen der Behörden korrespondiert.

Mehr Reichweite auf dem Fachkräftemarkt

Die Erhöhung der Reichweite und die Zielgruppenansprache erfolgt daneben über zeitgemäße Kanäle wie eine Smartphone-App. Der mobile Zugriff auf Stellenangebote und Karriereinformationen wird künftig eine wesentliche Rolle spielen, um gerade junge Fachkräfte zu gewinnen.

Weitere Informationen www.interamt.de

Zukunftskongress: Staat und Verwaltung in der Digitalen Revolution

Am 23. und 24. Juni 2015 findet unter Schirmherrschaft des Bundesministers des Innern im Berliner bcc der 3. Zukunftskongress Staat & Verwaltung statt. Das Leitthema ist „Staat und Gesellschaft in der digitalen Revolution“. Bis zu 1.500 Teilnehmer verschiedener Verwaltungsebenen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie Experten aus Wissenschaft, Industrie und Beratung werden erwartet.

Der Fachkongress versteht sich als Plattform für den Austausch über Fragen der Verwaltung und der Verwaltungsmodernisierung. Ziel sind neue Ideen, Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen für den innovativen Staat von morgen.

Die insgesamt zwölf Zukunftsforen werden ergänzt durch Best-Practice-Dialoge von Kongresspartnern sowie Zukunftswerkstätten, einer interaktiven Möglichkeit ausgewählte Herausforderungen zu diskutieren und gemeinsam mit den Teilnehmern Lösungen zu entwickeln.

Ein besonderer Höhepunkt des ersten Kongresstages ist das Forum Digitale Gesellschaft des IT-Gipfels @ Zukunftskongress mit dem Titel: „Die Zukunft der Verwaltung in der digitalen Welt“. Das Dialogforum des Bundesministeriums des Innern wird durch die Neuausrichtung des IT-Gipfels zum Bestandteil des diesjährigen Zukunftskongresses. Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière übernimmt die Moderation der Diskussionsrunde und spricht mit Vertretern aus der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Am zweiten Tag spricht der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, zu den Kongressteilnehmern und wird Fragen des Auditoriums beantworten.

Der Kongress wird begleitet durch eine integrierte Fachausstellung, die Best-Practice-Beispiele für den Verwaltungsalltag präsentiert. Neben den Hauptpartnern BMI, KGSt, Accenture und Vitako konnten unter anderem auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Finanzen und der Deutsche Landkreistag als institutionelle Partner gewonnen werden.



Fachkräfte gesucht – auf der Suche nach den besten Köpfen müssen auch Kommunen die Online-Stellenportale stärker nutzen

In unsere Zukunft investieren!

Infrastrukturfinanzierung und Digitale Agenda in den Kommunen

Autor Dr. Manfred Sternberg, stellv. Geschäftsführer der Bundes-SGK

Mit dieser Fachkonferenz widmet sich die Bundes-SGK zwei wichtigen Zukunftsfragen für die Entwicklung unserer Städte, Gemeinden und Kreise. Der aufgelaufene Investitionsstau in unseren Kommunen wirft die Frage nach neuen Finanzierungsinstrumenten auf. Die von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hierzu eingesetzte Expertenkommission hat jüngst ihren Bericht vorgelegt, der eine Reihe von Vorschlä-

**Fachkonferenz
der Bundes-SGK
am 3./4. Juli
2015 in
Potsdam**

gen enthält. Neben notwendigen Erhaltungsinvestitionen steht der Bedarf nach Modernisierungsinvestitionen, um unsere Kommunen fit für die Zukunft zu machen.

Als Hauptrednerin wird Bundesbauministerin Barbara Hendricks, die Notwendigkeiten von Zukunftsinvestitionen schildern. Im Anschluss wird eine hochrangig besetzte Runde – u. a. mit dem Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen im Plenum unter dem Titel „Infrastrukturfinanzierung – was können wir besser machen?“ diskutieren.

Ein wesentliches inhaltliches Feld für Zukunftsinvestitionen ergibt sich aus der fortschreitenden Digitalisierung unseres Alltags, der Wirtschaft und der öffentlichen Infrastrukturen. Welchen Gestaltungsauftrag hat die Politik und innerhalb derselben die Kommunalpolitik bei dieser Entwicklung? Dazu werden einzelne Aspekte in Fachforen diskutiert: Wie sieht lokale Demokratie im digitalen Zeitalter aus? Smart Metering und Smart Grids – intelligente Zähler und intelligente Netze sind ein Rüstzeug der künftigen Stromversorgung. Wovon ist die Rede beim Modewort „Smart Cities“? Handelt es sich um Geschäftsmodelle oder einen neuen Politikansatz? Wie sorgen wir vor, wenn Infrastruktur immer kritischer gegenüber Störanfällen wird? Wie entwickeln sich Mobilität und Verkehrsinfrastruktur? Wie stellen wir für alle die notwendige Infrastruktur für digitale Teilhabe bereit? Brigitte Zypries, Parl. Staatssekretärin beim Bundeswirtschaftsminister wird mit ihrer Rede eine Abschlussrunde zur Zusammenfassung des Themas „Digitale Agenda für die Kommunen“ eröffnen.

Weitere Informationen www.bundes-sgk.de

„In unsere Zukunft investieren – Infrastrukturfinanzierung und Digitale Agenda in den Kommunen“

Fachkonferenz der Bundes-SGK am 3./4. Juli 2015 in Potsdam

VERZEICHNIS DER AUSSTELLER UND UNTERSTÜTZER



Alliander AG
Rudower Chaussee 13, 12489 Berlin
Dr. Frederik Giessing
Tel.: 030/40 90 21 73
Fax: 030/40 90 22 92
E-Mail: frederik.giessing@alliander.com
www.alliander.de

Alliander betreibt Energienetze, öffentliche Beleuchtungs- und Lichtsignalanlagen. Das Unternehmen ist innovativer Infrastrukturdienstleister und Netzbetreiber, Innovationsführer für Energietechnologien sowie Spezialist für intelligente Netzlösungen. Damit begleitet Alliander Städte und Gemeinden aktiv auf dem Weg der Energiewende.



Deutscher Sparkassen- und Giroverband
Charlottenstraße 47
10117 Berlin
www.dsgv.de

Sparkassen sind ein wesentliches Element der kommunalen Selbstverwaltung. Als wichtigste Finanzpartner stärken sie die Handlungsfähigkeit der Gemeinden, Städte und Kreise. Zugleich stellen sie für alle Gruppen der Bevölkerung und den Mittelstand moderne Finanzdienstleistungen bereit und unterstützen die Entwicklung der kommunalen Infrastruktur. Sparkassen und Kommunen – eine starke Partnerschaft für Wirtschaft und Gesellschaft.



BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Potsdamer Platz 5, 53115 Bonn
Wolfgang Veldboer
Tel.: 0228/9849-313, Fax: -453
E-Mail: wolfgang.veldboer@bdo.de
www.bdo.de

BDO zählt mit über 1.900 Mitarbeitern an 24 Standorten zu den führenden Gesellschaften für Wirtschaftsprüfung und prüfungsnahe Dienstleistungen, Steuerberatung und wirtschaftsrechtliche Beratung sowie Advisory Services in Deutschland. Praxisbezogene Erfahrung und Fachexpertise bündelt BDO in einem eigenen Branchencenter für den Bereich Öffentlicher Unternehmen und der Verwaltung.



BEEGY GmbH
BEEGY – Better Energy
L13, 3-4, 68161 Mannheim
Marco Demuth, Geschäftsführer BEEGY GmbH
Tel.: +49 621 300 116-65, Fax: -66
E-Mail: marco.demuth@beegy.com
www.beegy.com

BEEGY GmbH – Erfolg im Netzwerk
Die BEEGY GmbH ist ein Komplett-Anbieter für dezentrales Energiemanagement und wurde durch die Partner MVV Energie, BayWa r.e., Glen Dimplex sowie GreenCom Networks gegründet. BEEGY dreht das klassische Energie-Geschäftsmodell um 180 Grad, indem Kunden dabei unterstützt werden, weniger Energie zu verbrauchen, sie intelligenter zu verwenden und mehr selbst zu produzieren.

VERZEICHNIS DER AUSSTELLER UND UNTERSTÜTZER

Deutsche Bank 

Deutsche Bank AG
Große Gallusstraße 10-14
60311 Frankfurt am Main
Sebastian Weinert
Öffentlicher Sektor & Institutionen

www.oeffentlicher-sektor.db.com

Wir sprechen die Sprache der öffentlichen Hand und das schon seit vielen Jahren. Mit unserer Expertise und modernen Finanzinstrumenten unterstützen wir Kommunen und kommunale Unternehmen wie auch die private Wirtschaft der Region bei ihrer Entwicklung. Als Ihr regionaler Ansprechpartner öffnen wir für Sie unser gesamtes Netzwerk und unterstützen Sie, für jeden Anlass die richtigen finanziellen Entscheidungen zu treffen.

GELSENWASSER 
GAS. STROM. NATÜRLICH WASSER.

GELSENWASSER AG
Willy-Brandt-Allee 26
45891 Gelsenkirchen
Tel.: 0209/708-0
Fax: 0209/708-650
E-Mail: info@gelsenwasser.de
www.gelsenwasser.de

Aus dem einst regionalen Wasserversorger entwickelte sich GELSENWASSER zu einem international operierenden Dienstleister für Wasser, Abwasser und Energie mit einer Vielzahl von Niederlassungen und Beteiligungen in weiten Teilen Deutschlands sowie benachbarten europäischen Ländern.

GVV VERSICHERUNGEN 

GVV-Versicherungen
Aachener Str. 952-958
50933 Köln
Dirk Mathias
Tel.: 0221/4893-0, Fax: -777
E-Mail: info@gvv.de
www.gvv.de

GVV-Kommunal wurde 1911 von den Gemeinden als spezielle Selbstversicherung geschaffen, die kommunale Risiken als Solidar- und Gefahrengemeinschaft trägt. GVV-Privat wurde 1989 als Tochtergesellschaft von GVV-Kommunal gegründet, um den Beschäftigten und ehrenamtlichen Mandatsträgern bei Städten und Gemeinden, Kreisen und deren Familienangehörigen preisgünstige Versicherungen zu bieten.


OKV

OKV – Ostdeutsche Kommunalversicherung a. G.
Konrad-Wolf-Straße 91/92, 13055 Berlin
Tel.: 030/42152-0
Fax: 030/42152-111
E-Mail: info@okv.de
www.okv.de

Die OKV – Ostdeutsche Kommunalversicherung auf Gegenseitigkeit ist ein Spezialversicherer der Kommunen, kommunalen Gebietskörperschaften und mehrheitlich in Kommunalbesitz befindlichen Betriebe und Gesellschaften. Im Verbund mit dem Kommunalen Schadenausgleich bieten wir Sicherheit für alle Arten von Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrt-, Sach- und Elementarschäden. Ergänzt wird dieses vollumfängliche Leistungspaket durch die Vermögenseigenschadenversicherung.

Partnerschaften Deutschland 
ÖPP Deutschland AG

Partnerschaften Deutschland ÖPP Deutschland AG
Alexanderstraße 3, 10178 Berlin
Bernward Kulle
Tel.: +49 (0) 30 25 76 79-0, Fax: -199
E-Mail: info@partnerschaften-deutschland.de
www.partnerschaften-deutschland.de

Die ÖPP Deutschland AG unterstützt (www.partnerschaften-deutschland.de) und berät bundesweit öffentliche Auftraggeber bei der Bewertung, Konzeption und Durchführung von Partnerschaftsmodellen. Das Unternehmen wurde 2008 unter der Federführung des Bundesministeriums der Finanzen sowie des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gegründet.


pwc

PricewaterhouseCoopers AG WPG
Moskauer Straße 19, 40227 Düsseldorf
Dr. Sven-Joachim Otto, Tel.: +49 (0) 211 981-2739
E-Mail: sven-joachim.otto@de.pwc.com
Oliver Brummer, Tel.: +49 (0) 211 981-2682
E-Mail: oliver.brummer@de.pwc.com
www.pwc.de

Wir setzen für jeden Mandanten unser gesamtes Potenzial ein: Erfahrung, Branchenkenntnis, Fachwissen, Qualitätsanspruch, Innovationskraft und die Ressourcen unseres globalen Experten-netzwerks. Besonders wichtig ist uns die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Mandanten, denn je besser wir sie kennen und verstehen, umso gezielter können wir unterstützen.

 **thüga**
Das große Plus für alle

Thüga Aktiengesellschaft
Nymphenburger Straße 39, 80335 München
Christoph Kahlen
Unternehmenskommunikation
Tel.: +49 (0) 89 38197-1215, Fax: -1535
E-Mail: christoph.kahlen@thuega.de
www.thuega.de

Thüga ist Kern des deutschlandweit größten Netzwerks kommunaler Energieversorger und an rund 100 Unternehmen (17.700 Mitarbeiter) beteiligt. Diese versorgen 4,0 Millionen Kunden mit Strom, 2,1 Millionen mit Erdgas und 0,9 Millionen mit Trinkwasser. Thüga ist mit Netzwerkfunktionen beauftragt: Gewinnung neuer Partner, Koordination und Moderation von Projekten sowie Steuerung der Zusammenarbeit.

 **tilia**

Tilia GmbH
Inselstr. 31, 04103 Leipzig
Christophe Hug
Tel.: 0341/20 08 98-0
Fax: 0341/20 08 98-77
E-Mail: Christophe.Hug@tilia.info
www.tilia.info

Die Tilia GmbH ist Partner von Städten, Gemeinden, öffentlichen und privaten Versorgungsunternehmen, Industrieunternehmen und Co-Investoren. Fokus unserer Tätigkeit ist es, Lösungen für immer komplexer werdende Herausforderungen in den Bereichen Energie, Wasser und Umwelt zu entwickeln, Abläufe zu verbessern, Investitionen zu tätigen und geeignete Strategien zu entwerfen.

 **Die Verkehrsunternehmen**

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV)
Dipl.-Ing. Wolfgang Schwenk
Leipziger Platz 8, 10117 Berlin
Tel.: 030/39 99 32-10, Fax: -15
E-Mail: hauptstadtbuero@vdv.de
www.vdv.de

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ist der Branchenverband für den Öffentlichen Personenverkehr und den Schienengüterverkehr mit rund 600 Mitgliedsunternehmen. Zu den Aufgaben des VDV gehören die Beratung der Unternehmen, die Erarbeitung einheitlicher Standards sowie die Vertretung der Interessen gegenüber der Politik, Verwaltung, Industrie und anderen Institutionen.

 **VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.**

Verband kommunaler Unternehmen e.V.
Invalidenstr. 91
10115 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 585 80-0
Fax: +49 (0) 30 585 80-100
E-Mail: info@vku.de
www.vku.de

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt mehr als 1400 Mitglieder, die vor allem in der Energieversorgung, der Wasser- und Abwasserwirtschaft sowie der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung tätig sind. Der VKU nimmt die Interessen der kommunalen Unternehmen in der Öffentlichkeit wahr und ist Ansprechpartner für die Politik sowie für wirtschaftliche und gesellschaftliche Gruppen.

 **WIKOM AG**
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

WIKOM AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Humboldtstraße 17, 14193 Berlin
Klemens Bellefontaine, Vorstand
Tel.: 030/89 04 09-0, Fax: 030/89 04 09-99
E-Mail: vorstand@wikom-ag.de
www.wikom-ag.de

Die WIKOM AG ist eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit Hauptsitz in Berlin und 13 weiteren Niederlassungen bundesweit. Der Mandantenkreis umfasst kommunale Gebietskörperschaften und Unternehmen der öffentlichen Hand. Die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich auf die Durchführung von Jahresabschlussprüfungen sowie die rechtliche und betriebswirtschaftliche Beratung.

Gebildet, aber ohne Verständnis

Eine Studie untersucht die Motive der Pegida-Anhänger

Ende 2014 demonstrierten plötzlich tausende Menschen in Dresden, Leipzig und anderen Städten für Pegida und ihre Ableger. Aber was hat sie auf die Straße getrieben? Die Angst vor einer angeblichen „Überfremdung“ war ein zentraler, aber nicht der einzige Grund, hat das Göttinger Institut für Demokratieforschung ermittelt. Die Forscher haben die Demonstrationen in Dresden und Leipzig beobachtet und mit Fragebögen sowie Gruppeninterviews die Motive der Demonstranten untersucht.

Laut ihrer Studie ist der durchschnittliche Pegida-Demonstrant männlich, mittleren Alters, konfessionslos, gut gebildet und in Vollzeit erwerbstätig. Politisch verorten sich die Pegida-Anhänger mehrheitlich bei der AfD (47 Prozent) oder CDU/CSU (25 Prozent). Sie fordern mehr „Recht und Ordnung“ und eine Politik, die „nationalen Interessen“ dient. Sie befürworten nach eigener Aussage die Idee der Demokratie,



haben aber wenig Verständnis für den Schutz von Minderheiten. Zudem misstrauen sie den Politikern („volksfern“) und den klassischen Medien. Über den Bau neuer Flüchtlingsunterkünfte fühlten sich die Demonstranten nicht früh und ausreichend genug informiert. Auch wegen des Niedergangs der gewohnten Lebenswelten nach 1989 seien die Demonstranten anfällig für Populismus, vermuten die Autoren. *CFH*

Lars Geiges, Stine Marg, Franz Walter:
Pegida – Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?

transcript Verlag, 2015, 207 Seiten,
19,99 Euro, ISBN 978-3-8376-3192-0

Lücken in der Erinnerungslandschaft

Die NS-Zeit ist in ostdeutschen Museen nur Randthema

Gerade Stadt- und Regionalmuseen können besonders wirksam über die Zeit des Nationalsozialismus aufklären und so zur Abwehr rechtsradikaler Gesinnungen beitragen: Indem sie zeigen, wie sich die NS-Diktatur im jeweiligen Ort ausgewirkt, wie sie die Gesellschaft geprägt hat. Doch in den neuen Bundesländern ist das Thema in vielen Museen stark unterrepräsentiert.

Das liegt zum einen an dem dürftigen Objektbestand. Zu DDR-Zeiten wurde nicht umfassend über die Wirkungsweise der Diktatur aufgeklärt. Stattdessen stand der antifaschistische Widerstand im Vordergrund. Ein paar Waffen, KZ-Häftlingskleidung, Fotos – viel mehr wurde für diesen Zweck oft nicht aufbewahrt. Doch auch nach 1990 gingen viele Museen stiefmütterlich mit dem Thema um: Sie überließen es den Gedenkstätten oder kratzten nur an der Oberfläche („wie überall gab es auch hier Bücherverbrennungen“), statt Täter und



Alltag vor Ort zu beschreiben. Eine Historikerkonferenz hat sich 2013 dem Thema gewidmet. Die Ergebnisse wurden jetzt als Buch veröffentlicht. Vorgestellt werden darin auch neuere Ausstellungen, die sich bemühen, das lange Versäumte nachzuholen. *CFH*

Museumsverband des Landes Brandenburg (Hrsg.):
Entnazifizierte Zone? Zum Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus in ostdeutschen Stadt- und Regionalmuseen.

transcript Verlag, 2015, 242 Seiten,
29,99 Euro, ISBN 978-3-8376-2706-0

Wahlen

Rolf Schmidt ist am 29. März zum neuen Oberbürgermeister von Annaberg-Buchholz (Sachsen) gewählt worden. Der Kandidat der Freien Wähler landete in der Stichwahl mit 69,1 Prozent klar vor Simon Steffen (CDU).

Im Landkreis Schwalm-Eder (Hessen) musste ein neuer Landrat gewählt werden, nachdem Amtsinhaber **Frank-Martin Neupärtl** (SPD) im Dezember verstorben war. **Winfried Becker (SPD)** konnte die Wahl am 29. März mit 60,6 Prozent für sich entscheiden.

Am gleichen Tag wurde auch im hessischen Kreis Hersfeld-Rotenburg ein neuer Landrat gewählt. In der Stichwahl verwies **Michael Koch** (CDU) mit 58,4 Prozent die SPD-Kandidatin Elke Künholz auf den zweiten Platz.

In Staßfurt (Sachsen-Anhalt) ist der bisherige, parteilose Oberbürgermeister René Zok abgewählt worden. Er unterlag in der Stichwahl am 12. April dem Sozialdemokraten **Sven Wagner**, der 55,5 Prozent der Wählerstimmen für sich gewinnen konnte.

Zeitgleich konnten die Sozialdemokraten auch in Wernigerode (Sachsen-Anhalt) einen Erfolg feiern. Hier

unterstützten sie den parteilosen Kandidaten und Amtsinhaber **Peter Gaffert**. Bereits im ersten Wahlgang wurde er mit 67,1 Prozent als Oberbürgermeister wiedergewählt. Noch beeindruckender verlief die Wiederwahl des Oberbürgermeisters von Ditzingen (Baden-Württemberg) am 19. April. 95,1 Prozent der Wähler votierten für eine weitere Amtszeit von **Michael Makurath**. Der parteilose Kandidat war von der SPD unterstützt worden. Ebenfalls wiedergewählt wurde **Klaus Peter Schellhaas** (SPD) als Landrat in Darmstadt-Dieburg (Hessen). Gegen drei Herausforderer setzte er sich gleich im ersten Wahlgang am 19. April mit 65,1 Prozent durch.

Dagegen hat die hessische SPD am gleichen Tag im Landkreis Bergstraße einen Erfolg knapp verpasst. Ihr Kandidat **Gerald Kummer** verlor die Stichwahl gegen **Christian Engelhardt** (CDU), der 53,9 Prozent der Wähler von sich überzeugen konnte.

In Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern) stand am 26. April eine Oberbürgermeisterwahl an. Dabei wurde Amtsinhaber **Alexander Badrow** (CDU) gleich im ersten Wahlgang wiedergewählt. Er erhielt 65,1 Prozent der Stimmen.

Termine

Messe „Metropolitan Solutions“

20.05.2015, Berlin
www.dstgb.de/dstgb/Home/Veranstaltungen/

Konferenz „In Zukunft investieren – Finanzierung öffentlicher Infrastruktur“

02.06.2015, Berlin
www.dstgb.de/dstgb/Home/Veranstaltungen/

2. „CITIES Forum“: Eine urbane Agenda für Europa

02.06.2015, Brüssel
www.stadtetag.de/veranstaltungen/

Hauptversammlung des Deutschen Städtetags

09.06.2015 – 11.06.2015, Dresden
www.stadtetag.de/veranstaltungen/

Vierte Jahreskonferenz zum öffentlichen Auftragswesen

12.06.2015, Prag
www.landkreistag.de/termine-25.html

80. Deutscher Fürsorgetag 2015 in Leipzig

16.06.2015 – 18.06.2015, Leipzig
www.deutscher-fuersorgetag.de

DStGB-Fachkonferenz „Bürgernahe Sicherheitskommunikation für Städte und Gemeinden“

18.06.2015, Berlin
www.dstgb.de/dstgb/Home/Veranstaltungen/

Potsdamer Kommunalrechtstage

18.06.2015, Potsdam
www.uni-potsdam.de/ul/kwi/aktuelles/pkrt5.html

Fachkonferenz der Bundes-SGK „In unsere Zukunft investieren“

3.07.2015 – 04.07.2015, Potsdam
www.bundes-sgk.de/termine/

Seminar »Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen«

10.07.2015 – 11.07.2015, Springe
www.bundes-sgk.de/termine/

Internationale Kommunale Klimakonferenz

01.10.2015 – 02.10.2015, Hannover
www.klimaschutz.de/de/zielgruppen/kommunen

10. DEMO-Kommunalkongress

29.10.2015 – 30.10.2015, Berlin
www.demo-kommunalkongress.de

Schöne neue Stadt

Mülltonnen mit Chips, Ampeln mit Sensoren – das Internet der Dinge soll das Leben der Bürger erleichtern

Autorin Karin Billanitsch



Nicht weit von London entfernt, in Milton Keynes, entsteht eine der ersten Pilotstädte für das „Internet der Dinge“. Heißt: in der Stadt der Zukunft sollen die Dinge des Alltags komplett vernetzt werden. Computerspezialisten haben zum Beispiel Systeme für Mülltonnen entwickelt, die selbst melden, wenn sie voll sind. Spezielle Sensoren in den Tonnen schicken ihre Informationen in eine Cloud – die Milton Keyneser Müllabfuhr greift über eine App auf die Listen zu und weiß, wo geleert werden muss.

Weil die Wagen erst dann losfahren, wenn die Tonne wirklich gefüllt ist, sind sie besser ausgelastet – und

damit spart die Stadt Geld. Praktisch sieht das dann wahrscheinlich so aus: Früher kam die Müllabfuhr nur einmal pro Woche an einem bestimmten Tag, nun rumpelt das Müllauto immer dann herbei, wenn die Tonne Signale sendet: mal beim Nachbarn nebenan, mal im Haus gegenüber. Der Computer rechnet die günstigste Strecke aus.

Auch hierzulande werden mittlerweile immer mehr mit High-Tech ausgerüstete Mülltonnen aufgestellt. Der moderne Abfallbehälter merkt sich, wem er gehört, wie oft er geleert wird und wann. Wer wenig wegwirft, soll auch weniger zahlen. Das funktioniert aber nicht perfekt: Zum Beispiel sammelte sich mancherorts

in den gechipten Tonnen schnell weniger Müll – dafür aber waren die umliegenden öffentlichen Mülleimer und der gelbe Sack umso voller.

In der Kommune von Morgen sind nicht nur die Mülltonnen auf Sendung. Auch die Parkplätze in Milton Keynes teilen mit, ob sie belegt sind oder nicht. Bald sollen auch Seifenspender und Rattenfallen so weit sein – wie man in der Zeitung liest.

Auch anderenorts schläft man nicht. Kopenhagens Stadtpolitiker wollen intelligente Ampeln aufstellen: Nähert sich eine Gruppe von Radlern mit Smartphones in der Tasche, erkennen dies spezielle Sensoren und schalten auf grüne Welle um. Fahrradstaus vor roten Ampeln gehören bald der Vergangenheit an.

Sogar führerlose, ferngesteuerte Busse und Bahnen wird es vielleicht in nicht allzu ferner Zukunft geben. Das finde ich als streikgeplagte Nutzerin der Berliner S-Bahn eine gute Idee.

Wird vielleicht sogar meine Stammkneipe irgendwann erkennen, dass ich mich nähere, und mein kaltes Lieblingsgetränk steht schon bereit, wenn ich eintrete? Natürlich erst, wenn ich mit meiner Smartphone-App geprüft habe, ob im Lokal ein Platz frei ist. In der schönen neuen Stadt denkt die Technik für den Menschen.

Und wir können irgendwann – vom Computer ausgemustert – einfach gehen.

Impressum

Demokratische Gemeinde,
Fachorgan der Sozialdemokratischen
Gemeinschaft für Kommunalpolitik
(Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-200
Telefax: (030) 255 94-290
E-Mail: redaktion@demo-online.de
Internet: www.demo-online.de

Herausgeber:

Norbert Bude, Vorsitzender der Bundes-SGK

Redaktion: Karin Nink (Chefredakteurin),
Karin Billanitsch (Leitende Redakteurin),
Carl-Friedrich Höck (Redakteur)
Telefon: (030) 255 94-230

Produktionsleitung: Dagmar Günther

Layout/Sekretariat: Heidemarie Lehmann
Telefon: (030) 255 94-200

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Postfach
61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Verlagsleitung: Guido Schmitz

Anzeigen/Vertrieb: Network Media GmbH,
Gewerbehof Bülowbogen, Hof D, Eingang D1,
Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Nicole Stelzner
(Leiterin Unternehmensentwicklung/Verkauf),
Henning Witzel (Verkauf/Projektleitung)
Telefon: (030) 740 73 16-36

Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 32 vom
1. April 2015, Anzeigenschluss ist der
15. des Vormonats.

Vertrieb: Stefanie Martin
Telefon: (030) 740 73 16-61

Abonnementverwaltung:
IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahres-Abonnement: 60 € (inkl. Versand
und 7 % MwSt.); für Schüler und Studenten
(Nachweis erforderlich) 40 €

Jahres-Abonnement (Ausland): 60 €
zzgl. Versandkosten

Die Abonnements verlängern sich jeweils
um ein Jahr, sofern nicht spätestens drei Monate
vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nicht-
lieferung ohne Verschulden des Verlages
und im Falle höherer Gewalt besteht kein
Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder
auf Minderung des Bezugspreises.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
und Fotos wird keine Haftung übernommen.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Quellenangabe. Die Zeitung und alle in ihr
enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind
urheberrechtlich geschützt.

Litho: metagate Berlin, Litfaß-Platz 1,
10178 Berlin, Telefon: (030) 283 06-0

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de



Zugleich Versandanschrift für
Beilagen und Beihefter mit Zusatz
„Warenannahme“.


Titelbild: picture-alliance/ dpa

**DEMO 07/08 2015
erscheint am 09. Juli 2015**

mit folgenden Themen:

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft der
Kinder – und damit für die Gesellschaft. Städte,
Gemeinden und Kreise müssen ihre Verantwortung
wahrnehmen und Angebote vorhalten. Im Report
dreht sich in dieser Ausgabe alles um die Themen
Stadtwerke und **kommunale Wirtschaft**.





13. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik

Globale Nachhaltigkeitsziele lokal verankern

Zukunftscharta
EINEWELT – Unsere Verantwortung



**25. – 26. Juni 2015,
Hannover Congress Centrum**

Theodor-Heuss-Platz 1-3, 30175 Hannover

**Mit Bundesentwicklungs-
minister Dr. Gerd Müller
und Ministerpräsident
Stephan Weil**

Diskutieren Sie mit!

Folgende Foren stehen zur Auswahl:

- » Kommunale Partnerschaften
- » Migration und Entwicklung
- » Kommunale Entwicklungspolitik in Gemeinden
- » Fairer Handel und Faire Beschaffung
- » Bildung für nachhaltige Entwicklung
- » Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement

Die Teilnahme ist kostenfrei. Reisekosten werden nach Bundesreisekostengesetz erstattet.

JETZT ANMELDEN!



QR-Code zur Online-Anmeldung

Weitere Infos unter:
www.service-eine-welt.de

Kontakt:
Telefon: 0228 20 717 313
E-Mail: buko@engagement-global.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

WAS STRECKT DIE FLÜGEL IN DEN HIMMEL



MACHT SEINE BESITZER STOLZ?

Besuchen Sie uns vom **9. bis 11. Juni 2015** anlässlich der Hauptversammlung des **Deutschen Städtetages in den Messehallen Dresden, Halle 2 am Stand 4.**

Der Gemeinschaftswindpark Kandrich.

Mehr als 300 stolze Bürger haben sich hier neben der Rheinheßsischen Energie- und Wasserversorgung aus Ingelheim und der Thünga Erneuerbare Energien Gesellschaft aus München mit Kapital engagiert. Und das aus gutem Grund: Mit etwa 54 Millionen Kilowattstunden Strom versorgen die 6 Anlagen knapp 15.000 Haushalte mit Energie – und zeigen so, wie kommunale Projektentwicklung mit Einbindung und Unterstützung der Bürger realisierbar ist.

Dies ist nur eine der vielen Lösungen, die aus der Zusammenarbeit der 100 Unternehmen der Thünga-Gruppe entstehen und die Energiewende in den kommunalen Lebensräumen vorantreiben. Für ein entscheidendes Plus für Mensch, Natur und Umwelt. Für das große Plus für alle.

Erfahren Sie mehr über
www.energie-und-wende.de



Rheinheßsische
Energie. Natürlich. Gerne.



**erneuerbare
energien**
Das große Plus für Nachhaltigkeit

